

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung des Monats 3,00 M., im Voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 2,50 M. für Postzwecke werden sämtliche Postämter in Deutschland, Ungarn, Österreich, Italien, Frankreich und Schweden 1,50 M., für das übrige Ausland 2,00 M. jährlich Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 30,00 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Nordsee 833-36 und 9788.

Die nächstbesten Anzeigenstellen über dem Raum kostet 2.- M., einschließlich Lesungsbillets. Kleine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Lesungsbillets. Kaufleute, Anzeigen über Tarif, Familien-Anzeigen und Stellenanzeigen 2,00 M., jedes weitere Wort 1.- M. Amerikaner-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Nordsee 833-36, Buchhandlung Zentrum 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2080.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ungarn vor dem Militärputsch.

Der Boykott gegen das weiße Ungarn.

Ungarn fast völlig abgesperrt. — Demission der Regierung. — Staatsreichgeflüchte des Massenmörders Ivan Seijas. (Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 24. Juni.

Die strenge Durchführung des Boykotts gegen Ungarn führt zu Rückschlägen zwischen Arbeitern und Beamten. Bei der Eisenbahn und bei der Post, wo Beamte den Boykott zu durchbrechen versuchen, treten die Arbeiter in den Streik nach gegen den ganzen Verkehr. In Prag führen auch die Nationalisten den Boykott aus.

Die Misshandlung Ungarns ist fast vollständig, sogar Schmutzflug ist unzulässig. Eine Übertragung Subapostler Banken und Industrieller fordert die Regierung Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, da die industrielle Tätigkeit fast ganz zum Stillstand gekommen ist. Die Industriellen wünschen die Vermittlung der ungarischen Sozialdemokratie.

Die ungarische Regierung hat demissioniert. Dies ist teils ein Folge des Boykotts, teils durch die finanziellen Schwierigkeiten von Ivan Seijas verursacht. Seijas, obwohl Oberleutnant der nationalen Armee, hat in zu Hunderten tausenden verbreiteten Flugzetteln die Regierung angefordert, zurückzutreten. Er fordert eine Regierung der harten Hand. Er duldet nicht, daß unter dem Vorwand der Herstellung der Rechtsordnung die Terrortruppen entwaffnet und der Verein der „Erwachenden Ungarn“ aufgelöst wird. Er erklärt, der Boykott sei von den Subapostler Juden gemacht und fordert radikale Lösung der Judenfrage, das heißt Ausrottung und Vertreibung der Juden. Das Manifest, das in der „Wiener Weltanschauung“ in vollem Wortlaut veröffentlicht wird, ist voll Drohungen gegen die Nationalversammlung. Die Möglichkeit eines Staatsreiches durch Seijas ist nicht ausgeschlossen. Er erklärt, wenn die Regierung nicht zurücktrete, mit Millionen Magyaren gegen die Regierung zu kämpfen.

Dieser Oberleutnant Ivan Seijas ist derselbe, der den zweifelhaftesten Mord von Keeskemet auf dem Gewissen hat. Diese entsetzliche Tragödie, die wir letztendlich ausführlich an den Lesern berichtet haben, hat zum ersten Male die Augen der ganzen Kulturwelt nach dem weichen Ungarn gerichtet. Ivan Seijas war Stadtkommandant von Keeskemet, und auf seinen Befehl wurden im November vergangenen Jahres noch und noch zweihundert Bürger verhaftet, die man später im Orsoy-park erschossen und größtenteils verbrannt in die Gruben warf. Die Leiche wurden mit aus Keeskemet gebundenen Weibern fast zu Tode gekräftigt und dann gehängt. Sie wurden gequält, skaliert, es wurden ihnen die Augen ausgestochen und die lebenden Körper verbrannt.

Hier handelt es sich nicht um Ausgeburt der Plebs. Die gesamte Bürgerchaft von Keeskemet wandte sich an Horthy und alle zuständigen Minister. In einem Memorandum, das eine ausführliche Schilderung der Vorgänge enthält, sind auch die Namen der Haupttäter aufgeführt: Stadtkommandant Oberleutnant Ivan Seijas, Oberleutnant Andor Seijas, Oberleutnant Tibor Seijas und eine Reihe anderer Offiziere. Von der Regierung jedoch nichts zur Anduma dieser entsetzlichen Vorgänge. Die Sache sollte mit der größten Diskretion behandelt werden. Aber durch die Tatsache, daß die amerikanische Mission Kenntnis von den Keeskemeter Vorgängen erhielt und sich an Ort und Stelle von der fürchterlichen Wahrheit überzeuge, ließ sich die von der Regierung beabsichtigte Vertuschung nicht durchführen. Darauf wurde tatsächlich eine Untersuchung eingeleitet, und zwar von denselben Personen, die an dem Mord mitwirkend waren. Trotzdem führte die Untersuchung zu sehr unangenehmen Ergebnissen. Darüber wurde berichtet: „Die Untersuchung wurde in Keeskemet tatsächlich eingeleitet. Man ermittelte auch — vier Leichen. Die Leiche wollten ihre Identität nicht verraten. Sie nahmen zum Beispiel einen Befund über die Leiche des Keeskemeter Bürgers Stephan Simon auf. Sie stellten fest, daß Stephan Simon lebend in vier Teile zerhacken wurde, daß man sie in einen Kessel des Dr. Ludwig Dalka herabschickte, daß man eine Arme und Beine in Stücke schnitt, daß man ihn mit zwölf Gewehrshülsen erschoss; Georg Szalovacs wies ein-

und dreißig Messerstücke auf, von denen siebzehn tödlich waren; Ladislaus Turey wurde bis zur Unkenntlichkeit zu einem Sieb zusammengeschossen. Als man an die Exhumierung des fünften Leichnams schritt, als vier Protokolle fertig waren, verbot Oberleutnant Ivan Seijas die Obduktion der übrigen ungefähr hundertsechszwanzig Leichen. Dagegen ordnete er an, man müsse die Leichen entkleiden, und am nächsten Tag, nachdem das gelehrt war, gab Oberleutnant Ivan Seijas vor der Keeskemeter Polizei ein Protokoll, daß zweihundert räumliche Leichen auf der Ruhestätte von Orgoany, Bugacs und Sajka liegen. Die entkleideten Leichname wurden in zwei oder drei gemeinsame Gräber geworfen und, allen Willen der Familienangehörigen der Ermordeten entgegen, zum Zweck der Bestattung nicht ausgeliefert.

Die Fortsetzung der Untersuchung wurde also durch den Haupttäter Ivan Seijas verhindert. Mehrere Subapostler Detektive, die ebenfalls zu dieser Sache in Keeskemet Untersuchungen anstellten, konnten nur einen einzigen Tag in Keeskemet bleiben. Denn am zweiten Tage ließ Oberleutnant Ivan Seijas den Chef der Detektivabteilung zu sich kommen und machte ihn darauf aufmerksam, er solle mit dem nächsten Zug „mit seiner Bande“ fortziehen, sonst lasse er sie nach Orgoany schicken.

Es ist natürlich, daß Seijas, der Urheber des Massenmordes, die Untersuchung verhindern mußte. Das gleiche galt für Miksa Horthy, auf dessen Befehl Seijas in Keeskemet geschickt wurde. Es wurde also bei Horthy unter Anwesenheit aller bei dem Verbrechen beteiligten Offiziere und Beamten und unter ständiger Kontrolle durch Seijas selbst eine Beratung abgehalten. Diese Konferenz beschloß, die Untersuchung mit der Begründung einzustellen, daß „die gegen unbekannte Täter eingeleitete Untersuchung zu keinem Ergebnis“ geführt hat.

Das ist der Oberleutnant Seijas, vor dem jetzt die ungarische Regierung zittert und der doch nichts weiter ist, als das ausführende Organ der Horthy und Konsorten. Nun ihnen das Wasser an der Kehle sitzt und die eigenen Mordtaten sich gegen sie erheben, beteuern die Herrschaften von der Terrorregierung ihre Unschuld und wollen die Welt glauben machen, daß es nur um Irrtümer und vereinzelte Übergriffe handele, daß man gelommen sei, mit feiner Hand Ordnung zu schaffen. Dazu haben sie gar nicht die Macht, abgesehen davon, daß es ihnen ja auch nicht ernst damit ist. Der Boykott der Arbeiterklasse trieb diese verurteilte Gesellschaft mit vollem Rechte. Wie schon so oft, so ist es auch diesmal die Arbeiterklasse, die gegen diese Kulturfeinde sich nicht mit politischen Protesten, sondern mit wirksamen Maßnahmen zur Gegenwehr setzt. Kultur und Menschlichkeit gehen heute allein bei der Arbeiterklasse in Gefahr. Die Elemente, deren Vertreter Jengels des blutigen Terrors sind, schweigen. So wurden die Aktion der internationalen Arbeiterklasse notwendig, sollte der weichen Verbreiterherrschaft in Ungarn ein Ende gemacht werden.

Offiziersabteilungen im Anmarsch gegen Budapest.

Budapest, 24. Juni.

Eine Proklamation gibt bekannt, daß Offiziersabteilungen gegen Budapest marschieren. Infolgedessen hat sich in der Bevölkerung eine außerordentliche Unruhe bemerkbar gemacht, da man befürchtet, daß es zu Pogromen kommen könnte. Es verlautet, daß die Offiziersabteilungen eine schwarze Liste jener Politiker mit sich führen, welche dem christlichen Glauben feindselig gegenüberstehen. Diese Abgeordneten sollen auf dem Wege geräumt werden. Infolgedessen haben viele Politiker und führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens Budapest fluchtartig verlassen.

Der Militärputsch scheint also Tatsache zu werden. Ein Freund mehr, den Boykott mit aller Schärfe durchzuführen.

Die englische Regierung hat auf das Ersuchen der ungarischen Regierung, vermittelnd eingegriffen, geantwortet, daß sie der ungarischen Regierung den Rat gibt, die Abmachung mit Sie Clark vom Oktober vorigen Jahres durchzuführen, die darin lautet, eine aus allen Schichten der Gesellschaft, d. h. aus Bürgern, Bauern und Arbeitern zusammenzusetzende Regierung zu bilden. Die englische Regierung werde, falls diese Bedingung nicht erfüllt wird, nicht in der Lage sein, auf eine Beeinflussung der Boykottbewegung einzugehen.

Das Spindel-Kommissariat.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Dr. Weismann, der sonst in seinen täglichen Geheimberichten und in seinen Presseartikeln eine äußerst lebhaft Redseligkeit bekundet, ist plötzlich äußerst schweigsam geworden. Er hat bisher auf unsere geistigen Feststellungen noch keine Antwort gefunden und läßt sich auch den Vorwurf leichtfertiger Verleumdung und falscher Behauptung ohne jede Erwiderung gefallen. Diese Schweigsamkeit ist nur dadurch zu erklären, daß der Staatskommissar auch nicht die Spur eines Beweises für seine leichtfertigen in die Welt gesetzten Eitel- und Lügennachrichten über bolschewistische und kommunistische Umtriebe besitzt. Auch der „Vorwärts“ erklärte gestern Abend, „die ganze Erzählung trug den Charakter der Fiktion so deutlich an der Stirne, daß wir keine Notiz davon genommen haben“.

Wir haben Gelegenheit genommen, auch die letzten Parteigenossen, die in dem Spindelbericht des Herrn Weismann genannt worden, zu befragen, ob sie an Verhandlungen mit Viktor Kopp teilgenommen haben. Alle haben unabweisend bis auf den letzten festgesetzt, daß sie an irgendwelchen Verhandlungen niemals teilgenommen haben. Einigen ist Herr Kopp persönlich unbekannt. Anders sind zu der Zeit, da sie angeblich mit Viktor Kopp verhandelt haben sollen, überhaupt nicht in Berlin gewesen. Zu allem Überflusse hat nun auch Kopp noch festgesetzt, daß er seit dem ersten Mai nicht mehr in der Wohnung wohnt, in der Anfang Juni die geheimen Verhandlungen bei Kur Hofgärtchen haben sollen. Die Blamage des Herrn Weismann ist somit vollkommen. Jede seiner noch so hochhalt gemachten Andeutungen ist einwandfrei widerlegt.

Nun beginnt das außenpolitische Nachspiel dieser Angelegenheit. Der Staatskommissar hat sich nicht gekümmert, für die Hoede seiner antidemokratischen Betriebe den Vertreter der russischen Regierung in Berlin, Viktor Kopp, bolschewistische Propaganda, somit unzulässiger Weise zu beschuldigen. Ob ein Mann, der sich nicht schämt um die Rechtfertigung seiner Schätigkeit willen, in leichtfertiger Weise außenpolitische Erwägungen herbeizuführen, dazu geeignet ist, an besonders verantwortlichen Posten für die öffentliche Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich zu sorgen, darüber wird die Reichsregierung und das preussische Staatsministerium sich wohl in kürzester Zeit schlüssig werden müssen.

Das auswärtige Amt selbst hat offenbar die Leichtfertigkeit des Staatskommissars inzwischen erkannt. Es hat deshalb bei dem angefangen, 1. es ihm die von den „V. P. R.“ veröffentlichten Mitteilungen bekannt gemacht sind, und ob er sie verweigert hat und 2. ob er dabei verhalten hat, das er sich bei der Persönlichkeit des Herrn Kopp um den amtlichen Vertreter der Sowjetregierung in Moskau handele. Das auswärtige Amt lehnt bis zum Einlaß einer Antwort des Staatskommissars eine weitere Reaktion in der Angelegenheit ab. Nun wird der Staatskommissar auch durch Schweigen sich nicht länger um die Markierung der Angelegenheit bemühen können. Der „Vorwärts“ wickelt bereits in seiner geistigen Wendung in einer Kritik der Erklärung, die Herr Weismann durch die „V. P. R.“ vorgestern verbreitete hat, das Urteil:

Herr Weismann scheint mit dieser Erklärung, mit der er sich gegen den Verdacht wendet, Eitel zu beschließen, ganz zu übersehen, daß Viktor Kopp Vertreter eines anderen Staates ist, und daß er dadurch dem auswärtigen Amt ins Handwerk paktet. Das deutsche Volk hat eher wirklich ein Interesse daran, endlich den Bolschewistenreden zu überwinden und die Spindel zum Teufel zu jagen.

Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die vom Staatskommissar in seiner antidemokratischen Hebe neue Artikel abt, und daß die „Deutsche Zeitung“ sich nicht scheut, mit einer Neuausgabe ihrer Zeitung vom 20. April die Berliner Bevölkerung aufs neue in leichtfertiger Weise zu beunruhigen. Wir sind heute in der Lage, einen neuen Beitrag von diesem Karstell zu liefern.

Die Pressestelle des Reichswehrministeriums hat gestern den amerikanischen Korrespondenten der „Chicago Tribune“, Missus Brown, eine Information zur Frage der Entlassung Deutschlands gegeben, worin sie die Aufrückhaltung der 200.000 Mann damit begründet, daß neue kommunistische Unruhen in Deutschland bevorstehen. In Abhängigkeit und im Rückblick drohe noch immer der kommunistische Aufstand. Da, der Bericht verweist sich zu der Behauptung, daß in Mitteldeutschland, in der Umgebung von Berlin und Pommeren große Truppenverbände der Roten Armee, die bis zu spanische Kompagnien Stärke haben sollten, sich konzentrieren und militärische Übungen betreiben.

Kollen. Dieser neue Skandal reiht sich würdig an die bisher bekannt gewordenen Vorgänge an. Die Pressestelle des Reichswehrministeriums klebt sich also nicht, die funkelnde antilichtherrliche Gehe auch ins Ausland zu tragen und damit den deutschen Kredit leichtsinnigweise gerade in den Vereinigten Staaten zu untergraben. Es wird höchste Zeit, daß mit diesem Treiben ein Ende gemacht wird. Die Beunruhigung der Arbeiterklasse durch die ewigen Geh- und Lügenmeldungen muß im höchsten Maße aufreißend wirken. Alle die Organe, die systematisch diese Gehe betreiben, müßten von einer politischen Unfähigkeit sein, die einfach nicht vorstellbar ist, wenn sie nicht wüßten, daß sie mit ihren Lügenmeldungen die politische Entwicklung auf das schwerste gefährden. Da ihnen niemand soviel politische Einsichtslosigkeit zutrauen kann, so kann nur angenommen werden, daß Sinn und Zweck dieser Gehe die Propagation der Arbeiterklasse zum Zwecke eines neuen militärischen Putschs ist. Wenn die Regierung nicht mitschuldig werden will an diesem Treiben, so wird sie Kleinstaat für Abhilfe sorgen müssen.

Spähnachrichten auch aus Bayern.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht ausführliche Mitteilungen über eine am 20. Juni in München stattgefundene entscheidende Sitzung der Kommission A. der U.S.V. über den kommenden deutschen Generalstreik. Darin wird berichtet, daß die U.S.V. als höchste Organisation die Leitung in die Hand nehmen müsse. Es werden ausführliche Details über die Aufgaben der Eisenbahner, der Angestellten der Wasserwerke, über die Entwaflung der Einwohnereinheiten wiedergegeben. Wie sich das für Spähberichte gehört, wird mit starken Farben ausgetragen, um dem deutschen Spähbürger so recht vor Augen zu führen, was er von den roten Teufeln zu erwarten hat. So heißt es, daß jeder, der den Befehlen der Streikleitung nicht nachkommt, an die Wand gestellt werden soll. Auf einen Vorbehalt, welche Gefahren für die Mütter, Säuglinge und Kranken die Absperrung des Wassers mit sich bringen würde, fallt der Vorsitzende erwidert haben, wenige tausend Menschenleben spielen bei dem Aufstand des Proletariats keine Rolle.

Wir können gegenüber diesen Veröffentlichungen des „Bayerischen Kuriers“ mit aller Bestimmtheit erklären, daß es sich hier ebenfalls um Phantasieprodukte bezahlter Spähelbandeln. Wir können das umso mehr behaupten, da wir gerade über Münchener Spähelorganisationen und -umtriebe außerordentlich wertvolles und zahlreiches Material besitzen. Unnötig zu sagen, daß in unserer Partei niemand daran denkt, politische Machtverhältnisse durch gewaltsame Putsch oder Sabotageakte zu ändern.

Es verstärkt sich aber diesen sich täglich wiederholenden Spähelberichten der Spähelzentrale gegenüber der Einsicht, daß die Reaktionen aller Schattierungen mit wahrer Andacht den Tag herbeisehnen, an dem die Arbeiterklasse sich zu Unbesonnenheiten hinreißt läßt. Das deutsche Proletariat macht die Hoffnungen der Reaktion aus. Es läßt sich weder durch Spähel noch durch sonstige Propagationen vor die Maschinenengewehre der Soldateska treiben. Die Absicht der Militaristen und Gegenrevolutionäre, durch einen furchtbaren Überfall das Proletariat wutlos zu machen, um über Blut und Leichen die Militärdiktatur zu errichten, scheitert an der Einsicht und Überlegenheit der deutschen Arbeiterklasse.

Die Eröffnung des Reichstags.

Die erste Sitzung des ersten Reichstags der Deutschen Republik bot ein lebhaftes Bild. Haus und Tribünen waren überfüllt, in der Diplomatenloge saßen zahlreich die Vertreter fremder Staaten. Nur eine Stelle im Saale blieb leer, die Regierungsbank. Einmal sah dort der Reichsminister des Innern, Koch, der wohl durch seine Person die Verbindung zwischen der alten und der neuen Regierung herstellen sollte. Uniformen, die im Reichstag des wilhelminischen Deutschlands an den großen Tagen stets in Menge zur Stelle waren, fehlten diesmal. Neugierlich also hat sich das Staatswesen verbürgert. Aber wenn auch die glühenden Abgesandten in den Hintergrund getreten sind, so beherrschen sie doch noch immer die Einrichtungen dieses Saales und warten nur auf den Augenblick, in dem sie ihre alten Positionen wieder einnehmen können. Das Staatswesen hat sich verbürgert, aber es ist deswegen nicht weniger kapitalistisch geworden.

Das Hauptinteresse aller Reichstagsbesucher wandte sich der Unabhängigen Fraktion zu, die jetzt viermal so stark als in der Nationalversammlung ist und fast den fünften Teil des Saales besetzt hat. Die Charakteristika des Abgeordneten, des alten Gerd aus Baden, Adolf Hoffmann und so mancher anderer bewährter Kämpfer des Proletariats ziehen die Aufmerksamkeit auf sich; daneben sehen wir eine Fülle jüngerer Parteigenossen, die bisher schon an erster Stelle in den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse gestanden haben und nunmehr auch an dieser Stelle die Interessen des Proletariats vertreten wollen. Auch die kleine Fraktion der Kommunisten, Clara Zetkin und Paul Levi, nimmt an der ersten Handlung des neuen Parlaments teil.

Die Rechtssozialisten haben einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Stärke abgeben müssen. Manches große Säule ist bei ihnen gebrochen; die Kasse und Heine sind verschwunden, der Weis, mit dem ihre Parteigenossen ihre Latzen begleitet hatten, ist verstimmt. Es wird sich jedoch noch zu erweisen haben, ob auch ihr Geist aus ihren Reihen gewichen ist. Die Demokraten sind arg zusammengekrummt und auch die Zahl der Zentrumsgesandten ist gering geworden. Bei der Deutschen Volkspartei sieht Herr Stinnes immittlen der starkgewordenen Fraktion. Er darf sich kein Wort mit Beteiligung betreiben; viel hat er in das politische Geschäft hineingesteckt, aber er hofft, daß dieses Kapital ihn ebenso reiche Früchte tragen wird, wie die Weiber, die er sonst in Bergwerken, in Hochöfen, in Schiffswerken, in Papierfabriken, in Zeitungsbetrieben, angelegt hat. Wenn ihm das Proletariat nur nicht einen Strich durch diese Rechnung macht!

Als Vizepräsident eröffnet der Rechtssozialist Metz (Braunschweig) die Sitzung. In Schriftsätzen wird neben drei Vertretern der anderen Parteien unsere Genossin Lore Fagans bestimmt. Dann folgt der Namensaufruf der Abgeordneten. 192 Mitglieder des Reichstags sind anwesend, nur 24 fehlen. Vom Ruf unserer Genossen Metz, Koch aus Königsberg, der vom Reichsgericht wegen Landverrats zu zwei Jahren Festung verurteilt worden ist, kommt es zum ersten Anwesen in diesem Reichstag. Genosse Ledebour ruft: „Der ist gestorben zu Beginn der Sitzung.“ Einige Unruhe entsteht. Als dann Herr

Stinnes aufgerufen wird, ruft Genosse Adolf Hoffmann: „Wenn das Geld im Saale klingelt, Herr Stinnes in den Reichstag springt.“ Dieser schlafertige Scherz erzeugt verhängnisvolle Deutlichkeit.

Dann betritt sich das Haus auf Freitag mittag 3 Uhr. In dieser Sitzung soll die Wahl der Präsidenten vorgenommen werden. Die Rechtssozialisten als höchste Fraktion schlagen Adde (Breslau) vor, der schon Vizepräsident in der Nationalversammlung war. Die Unabhängigen Sozialdemokraten will entsprechend ihrer Stärke einen Vizepräsidenten wählen mit Genossen Dillmann belegen. Das Zentrum erhebt gleichfalls Anspruch auf einen solchen Posten, sie präsentiert dafür Herrn Weis, den bisherigen Verkehrsminister. Dritter Vizepräsident soll Dietrich von dem Deutschen Nationalrat werden.

Der Vorkongress des Reichstags

Am Donnerstag mittag seine erste Sitzung und einigte sich darin, die Wahl des Präsidenten am Freitag durch Stimmzettel, die der Schriftführer durch Jurius vorzunehmen. Die Reichsfolge richtet sich nach der Stärke der Fraktionen, so daß die Unabhängigen, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei einen Vizepräsidenten erhalten. Je zwei Schriftführer erhalten die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei. Als Vizepräsidenten kommen zunächst zehn Ausschüsse in Betracht, deren Besetzung vorbehalten bleibt, ebenso die Verfassung des Ausschusses zur Beratung der neuen Geschäftsordnung des Reichstags.

Die Geburt der Regierung.

Die Bildung der Ministeriums in Etappen nimmt ihren Fortgang. Einzuweisen wird als feststehend vorbehaltlich der Umänderung in den nächsten Stunden folgende Liste verbreitet:

- Reichskanzler: Heddenbach (Zentrum);
- Justiz u. Stellvert. des Reichskanzlers: Dr. Feinze (Deutsche Volkspartei);
- Innere: Dr. Koch (Demokrat);
- Auswärtiges: Simons (bei keiner Partei, angeblich den Demokraten nahestehend);
- Finanzen: Dr. Wirth (Zentrum);
- Reichswehr: Dr. Gehler (Demokrat);
- Verkehr: General Groener (den Demokraten nahestehend);
- Post: Sieberts (Zentrum).

Die Posten des Reichsarbeitsministers und des Wiederaufbauministers sind noch nicht besetzt. Als Schatzminister soll der ehemalige Landrat v. Kaumer und als Wirtschaftsminister der Charlottenburger Oberbürgermeister Dr. Scholz in Frage kommen. Beide gehören der Deutschen Volkspartei an.

Was am meisten in die Augen fällt, ist die verhältnismäßige Bedeutungslosigkeit der Personen, die die Deutsche Volkspartei als Kandidaten präsentiert. Nach all dem Getöse, das von den Stinnesleuten über die Notwendigkeit der Berufung von Sachverständigen in die Regierung angekündigt worden ist, nimmt es sich ein wenig lässlich an, wenn sie nun mit einem ehemaligen Landrat und einem Oberbürgermeister für wichtige Ämter auflaufen. Man hätte annehmen sollen, daß sie über den reichsten Vorrat an Kandidaten verfügten, deren überragende Sachkenntnis alle Welt in Erstaunen setzen sollte. Leute vom Buche der Herren Kaumer und Scholz hätten am Ende auch die alten Koalitionsparteien aufreiben können. Der Ruf nach Sachverständigen ist eben nichts anderes gewesen, als eine Verlautbarung der heißen Sehnsucht, an die Regierung zu kommen.

Die Frage, wie sich die Sozialdemokraten zu dem neuen Kabinett verhalten werden, bleibt einstweilen noch immer offen. Die neueste Redart geht dahin, daß sie daran arbeiten, einen Antrag auf ein ausdrückliches Vertrauensvotum überhaupt zu verhindern. Dieser Versuch, sich einem klaren Entscheid zu entziehen, dürfte aber wenig Aussicht auf Erfolg haben, da er nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von der Opposition perilleit werden kann.

Wann wird die Landesversammlung aufgeführt?

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Preussischen Landesversammlung reichte einen Antrag ein, die Landesversammlung sofort für aufgelöst zu erklären und die Staatsregierung zu veranlassen, Neuwahlen anzubekunden. Dieses Verlangen ist die selbstverständliche Folgerung aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen. Die Zusammenfassung der Landesversammlung entspricht nicht im entferntesten mehr den Ansprüchen der Wähler. Und wenn der Mehrheit dieser Körperschaft die Demokratie mehr als ein bloßer Name wäre, so müßte sie sofort für Auflösung und Neuwahlen sorgen. Sie scheint aber nicht diese Absicht zu haben, die Landesversammlung soll im Gegenteil noch bis zum Herbst zusammenbleiben und Mitte Oktober erst sollen Neuwahlen stattfinden. Der Antrag unserer Genossen bietet Gelegenheit, Arbeit über das reaktionäre Treiben der preussischen Koalitionsparteien zu schaffen.

Das mußte noch kommen!

Dem „Vorwärts“ ist ein Elchshäcker in der „Notenfabrik“ erstanden; sie macht uns zum Vorwärts, daß wir uns im Reich an der Kabinettbildung nicht beteiligen dürfen, belohnt dafür aber unsere Genossen in Braunschweig, die mit den Rechtssozialisten eine Regierung gebildet haben. Der „Vorwärts“ schließt daraus die Hoffnung, daß sich unser Standpunkt nicht ändern werden lassen werde, wir würden durch die Talkoden zur Teilnahme und Mitverantwortung an der politischen Arbeit gezwungen werden.

Nun wandert uns nur, daß die Rechtssozialisten sich bei der so verständigen Haltung der „Notenfabrik“ nicht schon längst an die Kommunisten mit der Aufforderung gewandt haben, sich doch an der Regierungsbildung mit Zentrum und Demokraten zu beteiligen. Aber noch ist ja nicht alles verloren. Da dem Kabinett der Mitte keine lange Lebensdauer beschieden sein dürfte, so wird sich ja bald wieder Gelegenheit bieten, die Kommunisten in solch positiver Arbeit heranzubilden. Sollte deren Stimmenzahl zur Regierungsbildung nicht ausreichen, so könnte man ja auch noch die Deutsche Volkspartei in die Koalition aufnehmen, die sich

doch nicht wesentlich von Demokraten und Zentrum unterscheiden. Wenn die Kommunisten und zumuten, mit einem Teil des kapitalistischen Bürgertums eine Regierung zu bilden, warum sollten sie nicht verurteilbar genug sein, die gesamte Bourgeoisie lebend zu empfangen? Dem „Vorwärts“ aber erbüßt eine neue Hoffnung.

Der Fall Mittwoch.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstag hat in einem Telegramm den Reichskanzler aufgefordert, sofort Berufung gegen das Urteil des Reichsgerichts gegen den Abgeordneten Mittwoch einzulegen.

Es muß erwartet werden, daß der Reichskanzler dieser Aufforderung Folge gibt. Das Verfahren und das Urteil gegen unseren Genossen Mittwoch ist auf Grund eines verhängnisvollen Paragraphen des alten Strafgesetzbuches erfolgt, das den unheimlichen Mißbrauch schloß, in dem Staat „mit der freiesten Verfassung der Welt“ aber keinen Frey mehr haben dürfte. Gerade an diesem Artikel steht man wieder, daß die Revolution an dem Wesen der alten Klassenjustiz nichts geändert hat, und daß die reaktionären Gewalten die Arbeiterbewegung und ihre Wortführer genau so behandeln zu können glauben, als ob es keinen November 1918 gegeben hätte.

Dabei geht das Urteil von falschen Voraussetzungen aus. Die „Freiheit“, deren verantwortlicher Redakteur Genosse Mittwoch war, hat gar kein Staatsgeheimnis enthüllt, denn das von ihm veröffentlichte Dokument befand sich, wie die Regierung seinerzeit öffentlich festgestellt hat, schon längst vorher in den Händen der Gerechtigkeit. Dazu kommt noch, daß unser Königsberger Parteimitglied sofort, als ihr die Fälschung bekanntgeworden war, die Veröffentlichung widerrufen hat. Trotz alledem ist Genosse Mittwoch, nachdem er länger als ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gesessen hat, zu zwei Jahren Festung verurteilt worden!

Die Betriebsräte für eine selbständige Organisation.

Die Generalversammlung der Betriebsräte aller Industriezweige hat gestern abend in der Unionsbrauerei getagt. In sehr lebhaften und prinzipiell klaren Ausführungen wurden die Standpunkte der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftskommission in der bevorstehenden Verhandlungstrage sowohl von den Referenten Richard Müller und Riska wie von den Diskussionsrednern vertreten. Die Verhandlungen, über die wir nach berichten werden, werden mit der einstimmigen Annahme folgenden Antrages ihren Abschluß finden:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte des Reichs schloß sich am 21. Juni 1920 ab, daß keine Zusage über die Form der Zusammenfassung der Betriebsräte zu entscheiden hat, daß darüber nur die Angestellten und Arbeiter durch ihre Betriebsräte selbst zu entscheiden haben. Die Generalversammlung vertritt bis auf einen Bruchteil die Reichsweite Arbeiterklasse; ihr steht die Entscheidung zu. Die Generalversammlung verlangt eine selbständige Organisation der Betriebsräte zur Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiterklasse, die außerhalb des Rahmens der Tätigkeit der Gewerkschaften liegen. Sie erkennt an, daß auch die Gewerkschaften ihre Betriebsräte unterstützen müssen zur Regelung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Aufgaben. Eine Beschäftigung über die Tätigkeit der Organisation ist notwendig und muß durch eine Vereinbarung herbeigeführt werden. Der zwischen der Kabinettzentrale und dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission angelegte Organisationsplan kann als Grundlage angesehen werden. Irgegend welche Bestimmungen über die Finanzierung der Kabinettorganisation, die ihre Selbständigkeit auch den, müssen unterbleiben. Die Generalversammlung verlangt von den beteiligten Gewerkschaften den sofortigen Abschluß der Verhandlungen auf dieser Grundlage.“

Die Entenoten in Deutschland.

Berlin, 21. Juni.

Von den drei dem Vorkommenden der deutschen Friedensbestimmungen in der Frage der Entwaflung von Seiten der alliierten Regierungen zugegangenen Noten läßt die erste die verschiedenen Berührungen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages auf, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden. Es wird dann im einzelnen darauf hingewiesen, die Alliierten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaflung Deutschlands sowohl was die Deereskräfte, als auch was das Kriegsgesetz betreffe, restlos durchgeführt werden müßten. Daher müsse es bei der Herabsetzung der deutschen Deereskräfte auf hunderttausend Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dieser Monate aufzulösen. Dafür könne sie schon vor dem Kriege bestandene Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um 70 000 Mann gegen ihren Stand von 1913 erhöht werden. Ferner fordern die Alliierten, daß die deutsche Wehrmacht ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages gebracht werde, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. Ferner werden in der Note geforderte Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangt. Obgleich wird auf den wirksamen Maßnahmen zur Aufhebung der Einwohnerverschärfung bestanden.

Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Ersatz der Sicherheitspolizei durch die einhunderttausend Mann Ordnungspolizei.

Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die unvollkommene Ausführung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Auslieferung von Luftfahrmaterial in Deutschland, die am 10. Juli wieder hätte beenden können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Die Streitfrage in Bismarck. Der Streit im Regierungsbüro des Reichs ist etwas abgeklaut. Für den Reichsminister eine Einigung zustande und der Streit ist dort ist heute beendet. Für die Rechte Schlawe und Kummelburg wird in Folge heute weiter verhandelt. Man glaubt, daß es auch hier bald zu einer Einigung kommen wird. Den Schiedsgericht in Berlin haben die Arbeiternehmer abgelehnt. Auch hier wird weitere Verhandelt.

Die Konferenz der baltischen Staaten wird am 22. Juli in Riga zusammenberufen.

Kampf gegen die Lebensmittelsteuerung!

Der Magistrat Berlin veröffentlicht folgenden wichtigen Säulenartikel:

In die Bevölkerung Berlins!

Annahme „pommerische Landwirte“ verfahren in einem Plakat den Berliner Hausfrauen, Bürgerinnen und Arbeiterinnen einzureden, daß nur die Zwangswirtschaft die Lebensmittel verteuere. Sie werfen die Frage auf, was denn die hohen Zwischengewinne bilden, da doch der Landwirt nicht annähernd soviel erhalte, wie der Verbraucher bezahlen muß.

Der Verfasser des Plakats hat sich unter den wohlwollenden Schutz der Anonymität begeben, weil er sich wohl scheute, mit seinem Namen für die schabdröckigen Entstellungen des Plakats einzustehen. Es kann aber nicht geduldet werden, daß in einer Zeit, in der die Lebensnot schon genügend empfunden ist, die Bevölkerung durch derartige Veröffentlichungen Irrtümer über die Lage der Lebensmittelversorgung erleidet. Daher sei zur Klärung der Sache folgendes bemerkt:

Die Zwangswirtschaft hat aus vor dem Krieg hungern gerettet. Weshalb mußte z. B. schon im Winter 1911/12 das gesamte Brotgetreide beschlagnahmt werden? Weil, wie es in einer Zeitschrift, die die damalige Reichsregierung an den Reichstag schickte, heißt, „es trotz Verleumdung, Kontrolle und auch Strafen nicht zu verhindern gewesen ist, daß namentlich kleinere Landwirte Brotgetreide an das Volk veräußerten, solange sie noch über Getreidevorräte verfügten“. Ohne die Zwangswirtschaft wären die Preise maßlos in die Höhe geschossen. Wäre z. B. die Brotstorte nicht gewesen, die nach der Beschlagnahme des Getreides jedem die gleiche Menge Brot gewährte, so hätten lediglich die ärmeren Klassen, der größere Teil der Bevölkerung, die Brotstorte erhalten. Und ebenso wäre es auf allen anderen Gebieten der Ernährung gegangen.

Nach heute noch ist die Zwangswirtschaft überall dort unentbehrlich, wo die Ware zu knapp ist, um das Bedürfnis zu decken.

Ihre Aufgaben müssen natürlich bekämpft und beseitigt werden; wo genug Ware vorhanden ist, kann sie abgebaut werden; aber die Bevölkerung mit dem allgemeinen Schlagwort „Dort mit der Zwangswirtschaft“ irrezuleiten, ist gewiss nicht.

Was bringen die „Landwirte in Pommeren“ für Einzelheiten? Ein Beispiel: Vom Getreide erfahren sie: „Wir erhalten für den Berliner Getreide nur 33 Mark, der Verbraucher bezahlt aber für den Berliner Getreide 105 Mark. Wo bleibt die Differenz von 70 Mark? Diese Fragestellung ist eine starke Annäherung an die Unmöglichkeit der Verbraucher; denn der Verfasser des Plakats kennt die Antwort ganz genau. Wer verteuert das Brot? Das Auslandsgetreide! Und warum müssen wir Auslandsgetreide für einige Milliarden kaufen?

Weil im Inland die Landwirte nicht genügend Brotgetreide abliefern;

weil noch immer das Brotgetreide in großen Mengen heimlich verkauft und veräußert wird, wofür amtliche Beweise in leider überreicher Menge vorliegen. Wären wir das keine Auslandsgetreide nicht kaufen, so bräuhete das Brot statt 4,50 Mark nur etwa 2,70 Mark zu kosten, wobei gleichzeitig nicht übersehen werden darf, daß, was die „Landwirte in Pommeren“ anscheinend ganz vergessen haben, zwischen dem Preis des Getreides und dem des Brotes die erheblich geringeren Kosten des Ausmalens, Transportierens und Lagerens des Mehls sowie die der Herstellung und Abgabe des Brotes liegen.

„Auf der Flucht“ erschossen?

Aus ärztlichen Kreisen erhalten wir folgende Mitteilung, die zeigt, wie unbegründete ärztliche Kreise über das in dem Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen Mörder erstattete ärztliche Gutachten denken. Die Aufschrift lautet:

Von allem Verdächtigen das Verdächtigste, was der Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen zutage gefördert hat, scheint mir ein Gutachten des Sanitätsrates Dr. Lind aus Weichersheim zu sein, das die Leichen so aufgefunden hätten, als ob sie auf der Flucht getötet worden seien. (Wenigstens bezüglich der „Frankfurter Zeitung“.) Herr Sanitätsrat Dr. Lind sollte wirklich dieses Gutachten im einzelnen begründen, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Die gesamte medizinische Welt wartet mit Spannung darauf. Denn bisher hat noch kein Arzt der ganzen Welt gewagt, daß ein ärztlicher Leichenbefund den Nachweis zu erbringen vermöge, daß der um Leben gekämpfte Mensch auf der Flucht sein Leben eingebüßt habe. Die Wissenschaft ist ja imstande festzustellen, ob jemand durch Selbstmord zu Tode gekommen ist oder durch fremde Hand. Sie kann ermitteln, ob jemand von hinten oder von vorne, aus der Nähe oder aus der Ferne getötet wurde und noch vieles andere. Aber was in jenem Gutachten behauptet worden ist, das ist das Produkt eines Genies, wie es wohl nur in dem einen Exemplar existiert. Die Ketzerei der ganzen Welt, die bis heute von dieser Möglichkeit keine Ahnung hatte, hat das bringende Recht zu erfahren, wie sich ein Beweis wissenschaftlich zu erbringen ist. Einen bekannten juristischen Professor und Abgeordneten nannte man letztens den Mann, der alles beweisen kann. Sollte es auch Ketzerei geben, auf welche diese Schwärzung beruht? Im Falle ist man ja davon überzeugt, daß ein reicher Angeklagter sich jederzeit Ärzte mieten kann, die ihn durch ihr Gutachten vor dem Schlimmsten bewahren. Gutten und Professoren kann ich alle Tage kriegen, soll der alte Ernst August von Hannover gesagt haben. Meinte er damit vielleicht medizinische Sachverständige?

Die Parteilnahme für die Mörder.

In der „Deutschen Landeszeitung“ gibt Leutnant Duderstadt, der der Volksgenossenschaft Marburg angehört, aus den verständlichen Eindrücken des Marburger Prozesses folgende Fazit: „Es ist ja so bezeichnend, daß weder der Anklagevertreiter noch der Verteidiger, noch auch der Vorsitzende im Plakatgericht und Rechtsbeistand auf die Aussage des Jungen Leutnants v. R. Oskens mit einem Wort eingegangen, der als Kommandant über Kommanden offensichtlich aus schwerem Herzen heraus unendlich Verdruss zu bekundigen sich verpflichtet fühlte. Es ist ja so bezeichnend, daß die lebenswichtige Behandlung aller Anklagegenossen in so hohem Maße gänzlich zu dem

gen. Auch bei der Butter ist, wie beim Getreide, der Unterschied zwischen dem Preis, den der Landwirt erhält und dem, den der Städter bezahlen muß, nur eine Folge davon, daß die Städte und insbesondere Berlin, zu einem großen Teil auf den Bezug leuchtender ausländischer Ware angewiesen sind, weil die inländische Lieferung nicht entfernt ausreicht; die, vom Städter gezahlten Höchstpreise sind also durchaus kein Beweis dafür, daß die von den pommerischen Landwirten angegebene Differenz eine Folge der Zwangswirtschaft ist.

Rechtlich liegt es auch bei den Kartoffeln. Die Gegenüberstellung der Gemüsepreise ist lediglich qualitativ. Die ungeheuren Transport- und Abfuhrkosten werden einfach unterbaldet. Nachdem die Zwangserfassung des Gemüses erst gelockert, dann aufgehoben worden ist, sind die Preise gegenüber den von den pommerischen Landwirten als besonders hoch bezeichneten um ein Vielfaches gesunken; z. B. kosten jetzt Zwiebeln statt 34 Mark mindestens 200 Mark der Zentner. Die Irrführung der Angaben des Plakats sind, beweislos insbesondere der Fall der Kartoffeln. Das Plakat behauptet, der Landwirt erhalte 20 Mark für den Zentner Kartoffeln, und der Städter bezahle 300 Mark für den Zentner Kartoffeln. Hier werden zwei vollkommen unvergleichbare Größen gegenübergestellt. Der Preis, den der Landwirt erhält, bezieht sich auf beschlagnahmte Kartoffeln. Für die aus diesem mit großen Kosten hergestellten Präparat bezahlt der Städter aber nur 140 Mark je Zentner.

Der im Plakat genannte höhere Preis bezieht sich auf Gaserynpräparate aus demjenigen Gas, der den Landwirten zur freien Verwendung überlassen ist, ein Umstand, der beweist, zu welchen Folgen die Forderung der Zwangswirtschaft für lebensnotwendige Produkte führt.

Die anonymen Verfasser des Plakats versuchen vergeblich, den Tatbestand zu verdrängen.

Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind keineswegs unzulänglich,

und die Verteuerung bis zum Verbraucher stellt mindestens den Wucherer Gewinn überflüssiger Organisationskosten dar. Der Ruf des Anonymus nach Beirung von den Preisen der Zwangswirtschaft ist verständlich; aber die Verbraucher müssen daran festhalten, daß auf eine behördliche Erfassung und Verteilung bei unentbehrlichen Lebensmitteln erst dann verzichtet werden kann, wenn genug von ihnen vorhanden sind, um das Bedürfnis eines jeden betriebligen zu thun, und daß auch eine behördliche Preisfestsetzung erst dann entbehrlich ist, wenn die Nachfrage nicht mehr das Angebot übersteigt, so daß die Verbraucher dann nicht mehr der Willkür der Produzenten ausgeliefert sind.

Berlin, den 23. Juni 1920.

Magistrat.

Es ist sehr erfreulich, daß der Magistrat Berlin dem demotivierenden und um die Günst der Massen schleichenden Treiben anonymen Verleumdungen mit aller Entschiedenheit entgegentritt. Die Antwort des Berliner Magistrats zeigt, daß er seine Aufgabe auch weiterhin darin erblickt, die Interessen der großstädtischen Verbraucher gegenüber einer agrarischen Liebesgabenpolitik, wie man jetzt mit Recht die Politik des Reichernährungsministeriums bezeichnen kann, zu wahren.

Es ist zu wünschen, daß sich ihm darin die übrigen Gemeinden, nicht nur Groß-Berlins, sondern ganz Deutschlands anschließen und daß auch die Massen der großstädtischen Bevölkerung überall durch große Kundgebungen diesen Kampf gegen die Verteuerung der Lebenshaltung und die Erfüllung aller agrarischen Forderungen mit aller Entschiedenheit aufnehmen.

schaffen und fränkenden Ton, den der Vorliegende den Belastungen gegenüber immer von neuem zur Schau bringt. Es ist ja so bezeichnend, daß mit keiner Silbe an der Glaubwürdigkeit der mehr oder weniger interessierten Zeugen aus der Oberflächlichkeit gezwweifelt wurde, während die Glaubwürdigkeit der Zeugen aus dem „niederen Volk“ zerpflegt wurde. Es ist ja so bezeichnend, daß der Vorliegende den Zeugen Schellenberg in raubem Befehlsoberton unterbrach, als dieser den Ruf fand, die wahren Gründe zur Aufstellung der sogenannten „Katon Garde“ auch nur zu streifen. Wie durfte Schellenberg es wagen, in diesem Kreise verfassungsmäßiger Männer darauf hinzuweisen, daß die Tragödie von Meistertrotz in Wahrheit zurückgeht auf das Verhalten des Generals in Weimar und des Majors in Gotha, die am 13. März ebrärdlich wurden und zu demselben bekannten. Und man verließ das Landgericht mit dem seltsamen Gefühl, daß Herr Leutnant 15 Zeitfreiwillige erschossen und die 30jährige Frau Wolf Oerun Goschel mißhandelt hätte. Der quälende Widerspruch, einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen zu haben, die zu den rassen Blut-Hartung, Vogel, Oskar-Oelmhake, Marck und Kessel den Fall Goschel hingufügte, wurde ein wenig hoben durch das besetzte Ansehen, daß wenigstens von der Marburger Studentenschaft als Gesamtheit das, was sie quälte und was man ihr vorwarf, genommen ist.

Warum geht die U. S. P. nicht in die Regierung?

Am Mittwoch veranlaßte der 4. Distrikt vier große öffentliche Versammlungen mit der Tagesordnung: Warum tritt die U.S.P. nicht in die Regierung ein? Sämtliche Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, und fanden die Referenten mit ihren Ausführungen, die sich alle auf dem Boden der Richtlinien des Zentralkomitees bewegten, höchst willkommen. In der Göttinger Straße mußte die Versammlung auf den Schulhof verlegt werden, so sich die Aula als zu klein erwies. Die Versammlungen wurden gemacht und der Wunsch geäußert, alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen zur Klärung unterer Anhänger in öffentlichen Versammlungen zu behandeln.

Am Donnerstag früh fand im Café Stern eine überfüllte öffentliche Versammlung der Volkswirtschaftlichen Kreise statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Noll über das Thema „U.S.P. und Regierungsbildung“ referierte. In vorzüglicher Weise legte er den Standpunkt der Zentralleitung dar, und selbst in der Diskussion, wo Vertreter der S.P.D., U.S.P. und A.V.D. zu Wort kamen, vermochten auch diese nicht den Standpunkt der Zentralleitung zu verurteilen. Im Gegenteil, man mußte das schone Schauspiel erleben, daß sich die U.S.P.

referat aller drei Richtungen auf den Boden der Ausführungen des Referenten stellten. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, welche dem Zentralvorstand übermitteln soll, worin man sich vollkommen solidarisch mit seinem bisherigen Verhalten erklärt. Die Zentralleitung wird aufgefordert, nach wie vor auf dem für richtig erkannten Wege vorwärts zu schreiten. Diese Einmütigkeit der Versammlung hat gezeigt, daß auch die Wirtschaftskreisler nicht mehr länger gewillt sind, das Joch des Kapitalismus zu tragen.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands. Lebensbedingen der Arbeiter.

Nach einer amtlichen Mitteilung haben die Verhandlungen über die Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands durch Regelung der Beförderung auf dem Wasserwege zu folgendem Ergebnis geführt: Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Kohlenwerke sind während der Beförderung von Kohlen auf dem Rhein täglich zwei Stunden mehr zu leisten, gleich den Ruhrbergleuten, eine Sonderabgabe von wöchentlich vier Stunden Zeit zu ermäßigtem Preise, deren Verteilung einer sofort auszuführenden paritätisch zusammengesetzten Kommission übertragen werden soll. Die Abmachungen sollen für alle Mitglieder der vertraglich bestehenden Verbände verbindlich sein, soweit bei den Umschlagarbeiten Überstunden notwendig sind. Das Übereinstimmen bedarf nur noch der formellen Zustimmung der beiderseitigen Verbandssammlungen.

Die Kabinettsbildung in Polen.

Warschau, 23. Juni. Grabski wurde vom Staatschef mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Er erklärte, er habe dem Staatschef den Vorschlag gemacht, ein sachmäßig-parteiloses Kabinett zu bilden. Der Staatschef ernannte folgende Mitglieder des neuen Kabinetts: Ministerpräsident und Finanzminister Radiolow Grabski, Minister des Inneren Siedzielski, Kriegsminister Generalleutnant Lesniowski, Minister für Kultur und öffentliche Aufklärung Kopuszanski, Minister für Landwirtschaft und Staatsgüter Dujal, Außenminister Bartel, Minister für Post und Telegraphen Rudzinski, Minister für öffentlichen Arbeiten Karulowicz, Verpflegungsminister Sliwinski; zum stellvertretenden Leiter des Ministeriums des Inneren Josef Rucinski, des Justizministeriums Jan Morawski, des Ministeriums für Industrie und Handel Anton Olszewski, des Ministeriums für öffentliche Gesundheitspflege Chodakowski. Eine Entscheidung über die Berufung der Minister für Arbeit, öffentlichen Schach, Kultur und Kunst, sowie des ehemaligen preussischen Teilgebietes erfolgt später.

Noch keine Lösung der österreichischen Regierungskrise.

T. U. Wien, 24. Juni. Die Verhandlung zur Lösung der Regierungskrise auf Grund des gemeldeten Vermittlungsvorschlags des Abg. Dr. Adler haben sich in letzter Stunde zerlegt. Die Sozialdemokraten beharren darauf, daß ihnen das Staatssekretariat des Innern zugewiesen werde, wogegen die Christlich-Sozialen erklärten, daß sie auf keinen Fall darin einwilligen können, weil das Staatsamt des Innern mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen mit einer unparteilichen Persönlichkeit besetzt werden müsse. Nachdem sich die Verhandlungen zerlegt hatten, erschienen die Christlich-Sozialen Fink und Staatssekretär Mayer bei dem Präsidenten Seitz und erklärten ihm, daß die Christlich-Sozialen nunmehr definitiv aus der Regierung austreten. Abends 7 Uhr trat der Hauptauschuß zusammen, um sich mit der völlig neuen Situation zu beschäftigen. Von der christlich-Sozialen Seite wurde ein Antrag eingebracht, den Präsidenten Seitz zu ersuchen, auf Grund des 88 der Verfassung die sämtlichen Beamten jedes einzelnen Staatsamtes mit der Leitung desselben zu betrauen und in der Nationalversammlung nur das Gesetz bezüglich der Neuwahlen und der Auflösung des Hauses beschließen zu lassen, während alle anderen Gegenstände, insbesondere die Vermögensabgabe und die Verfassungsreform, erst der kommenden Nationalversammlung vorbehalten bleiben sollen. Von der Christlich-Sozialen Seite werden die Sozialdemokraten für das Scheitern der Entwässerung verantwortlich gemacht und erklärt, daß den Sozialdemokraten das Parteiministerium mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen über das Interesse des Staates gegangen ist.

Nach der christlich-Sozialen Fraktion der Preussischen Landesversammlung. Der bisherige Vorsitzende der rechtssozialistischen Fraktion in der Preussischen Landesversammlung von Krasnowitz hat wegen seiner Wahl zum Bürgermeister von Krasnowitz das Amt des Fraktionsvorsitzenden und des parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Wohlfahrtsministerium niedergelegt. Zu Krasnowitz vorübergehend wurden die Herren Hauschild, Kassel und Siering, Berlin gewählt. Als Unterstaatssekretär im Wohlfahrtsministerium wird die Fraktion den früheren preussischen Ministerpräsidenten Pirch in Vorschlag bringen. Sie mündlich bedarf zum Ausdruck zu bringen, daß Pirch ihr Vertrauen auch weiterhin genießt.

Das neue rumänische Kabinett. General Averescu hat sein Kabinett jetzt endgültig zusammengesetzt. Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: General Averescu; Außenminister: Angeloscoiu; Justizminister: Tala Zonedcu; Innerer Minister: Argetoianu; Krieg: General Mascanu; Oeffentlicher Unterricht: Regulescu; Schöne Künste: Octavian Goga; Verkehr: General Valeanu; Oeffentliche Arbeiten: Gorganu; Finanzen: Titulescu; Arbeit: Cudobu; Arbeit: Jasi; Kultur: Cantacuzene; Industrie und Handel: Octavian Todoranu; Wiederaufbau und Ernährung: Anastasiu; Minister für die Bukowina: Baron Starea; für Transylvanien: Roscoanu; für Westbalkanien: Seraje.

Seine Kräfteverlängerung für die Türkei. Dem türkischen Großvezir wurde eine Note überreicht, worin demselben mitgeteilt wird, daß die Bemerkungen der Türkei auf den Friedensvertrag bis zum 20. Juli endgültig gemacht werden müssen und die Frist nicht verlängert werden kann. Die Note ist durch Wiedemann in keiner Hinsicht als Vorsitzender der Konferenz von Vologna unterzeichnet. Friede zwischen Georgien und Aserbeidschan. Nach einer Vereinbarung aus Konstantinopel ist der Friedensvertrag zwischen Georgien und Aserbeidschan unterzeichnet worden. Georgien behält die Provinz Tiflis. Weiter den Vertrag von Jofotah soll später entschieden werden. Er bleibt vorläufig von Georgien besetzt.

Die Spitze abgebrochen

haben wir den teuren Preisen,

gegr. J. F. Assmann
Ernst Ladewig
Otto Reichelt
Butterh. Union
Butterh. Loreley

Harzer-Käse Pfund 6,50
Holländer " " 12,75

Weißbohnen Pfd. 2,50 Getreidekaffee " 3,90
Braune " " 2,50 Reine Frucht marmelade Pfd. 2,90
143 Filialen in Gr. - Berlin

Frisch gebrannt,
KAFFEE 1/4 Pfd. 6,-
Holländ. Korff-
KAKAO 1/4 Pfd. 5,-
Prima
REIS Pfund 5,50

Zusendung an Hotels, Cafés, Restaurants und andere Groß-Abnehmer nur ab Lager; Reichelthof Schlesische-Straße; 28 zu Vorzugs-Preisen!

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Staatstheater
Opernhaus:
8 1/2 Uhr: Die Frau ohne Schatten.
Schauspielhaus:
7 Uhr: Die Journalisten.
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Lysistrata
(28. Abt. IV. Abend)
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
11 Uhr: **Taifun**
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Leibhardt
Kleines Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Moral der Frau Dulka.
Theater des Westens
10 1/2 Uhr: Goldene Ritterzeit
Direktion
Carl Meinkant - Red. Bernauer
Theater L. d.
Königsgröbter Straße
6. **Geständnis**
Komödienhaus
17. Die Heirat d. Mädchenzeit
Berliner Theater
10 Uhr: Der letzte Walzer
Lessing-Theater
SOMMERSPIELZIT
Abendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in Das Glas der Jungfrau
Deutscher Kunst-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Gartenhaus - täglich:
7 Uhr: Die Flucht um die Ecke.

Neues Operettenhaus
Direktor: Joan Kron
Abendlich 7 Uhr 31 Minuten:
Prinzessin Friedl
Trionon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich 8 Uhr:
Maskerade
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Der Störenfried.
Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke,
Untergrundbahn Klosterstr.)
Täglich 8 Uhr:
Die Ruchhoffs
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Johanninfest.
Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge.
Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
12 Varieté-Sensationen 12
In der
Tanz-Diele **Großer Ball**
Anfang 10 Uhr
Ehemaliges
Voigt-Theater
Kastanien-Allee 55
Sommerspielszene:
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Eine feine Nummer.
Er muß taub sein!
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Fräulein vom Amt
Wahlhalla-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Kasernenluft.
Sommertheater
„Gard-Berlin“, ehem. Klenow's
Hansenhöhe 15
Freitag 8 Uhr: Das glückliche
Försterchrisel
Sonntag 8 Uhr:
Krone u. Fessel
Das Ende einer Königskrone
ab 8 1/2 Uhr: **Spezial-Theater.**

Kammer-Theater
Blowwitz, 6. am Neißendamm
Telephon: Lützow 3905.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Drei. Ball auf Schloßsteinbühl.
Neue Welt
Arnold Scholz
Hansenhöhe 108-114
Täglich Konzert
und **Vorstellung**
Dienstag. Mit woch.
Donnerstag u. Sonntag:
Grosser Ball.
Ne Weltstadt ist täglich selbst.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Freitag 4 Uhr.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
Abendlich
7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2
Unübertreffliches
Varieté-Programm!
Theater Kolossus
Tel. Moritzplatz 14914.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stille Sänger
Hitzgen-Konzert
Vork. 11-12 u. 4-6.
Ein Mädchen für Förster!
Stahn, Heilmannstr. 24. III.

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart
Soeben ist erschienen:
Der Zukunftsstaat
Produktion und Konsum im Sozialstaat
von Prof. Dr. Karl Baed
Dritte, neu bearbeitete und vermehrte Auflage
Preis korrigiert M. 12,-
Wer sich über die brennendste Frage, ob die Sozialreform in Deutschland jetzt möglich ist, zuvor richtige Aufklärung verschaffen will, wird im Ballodromen „Zukunftsstaat“ ihre Beantwortung mit gemeinverständlicher wissenschaftlicher Begründung finden.

Santa Lucia
Südwein, verpackt in Leuziger Büchse der Genuß d. Südens
Depot: N. 4, Herzstr. 34, Nord. 6622, Ueberall käuflich.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin,
SO 16, Engelstr. 18, Telefon: Amt Westpol. 4090.

Abt. 1. Streikbau!
Am Sonntag, den 27. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr,
findet bei Goeter, Wederstraße 17,
eine

Versammlung
aller in Leidensdrücken Gehilgen Bau-
Tagelöhner!
Unsere Tarifverhandlungen.
Werte Kollegen! 3. Abende des nächsten Monats,
ist es wieder eine neue Tarifverhandlung, in die wir gemeinsam
antritt.

Spielplan
des
Lichtspiel-Theater
Freitag bis Montag
Volks-Theater
Neukölln, Hermannstraße 20
Größe, nie dagewesene Sensation!
Kino unter Wasser
Das einsame Wrack

Apollo-Lichtspiele
BERLIN N, Müllerstraße, Ecke Seestraße
Das Mädchen aus der Ackersstraße
Lichtspiel-Palast
N, Prinzenallee 42/43

RAFAELLO
2. Teil: Der Schrecken der Millionäre
Das Rätsel von Kopenhagen

Apollo-Theater
Berlin N, Belfortstr. 15
LEPAIN
Der König der Ausbrecher

Der Einbruch in der Nationalbank
Auf allen Bühnen Cabaret-Einlage

Münzen, Briefmarken
kauft Großmann, Johannstr. 4
Norden 106 21.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidentstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstraße
Kostenlose Untersuchung und Beratung über
sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntag 10-12

UFA THEATER
3. Woche
Zirkus Wolsen
der große Sensations-Film
Die Austerprinzessin
Lustspiel in 4 Akten
mit Ossi Oswalda, Harry Liedtke
Die Caudi vom Goerhof
Schauspiel
Die Prinzessin von Teutleben
Lustspiel
Das Maskenfest des Lebens
Schauspiel
Agnes Arnau und ihre drei Freier
Lustspiel
Celüste Kotten
Schauspiel
Höhenluft
Lustspiel
Die Faust des Riesen
Schauspiel I. und II. Teil
Rauschgold
Schauspiel in 4 Akten
J. H. der Ritzende
Lustspiel in 3 Akten mit Paul Haldemann
„Pala Negri - Oss. Oswalda - Zylo“
Die Augen der Mumie Ma.
Wenn vier dasselbe tun
Wochentags 8 Uhr / Freitags 8 Uhr 15 Min.

Städtische

Bekleidungsstelle

Neukölln

Bergstraße 29

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstraße 29

Damensiefel
moderne Fassons, extra gute
Robchevreaux- und
Rindledersorten, Mk. 106,-

Herrensiefel
gedlegene Arbeit, prima Rind-
box, kurze moderne
Form Mk. 115,-

Kindersiefel
bequeme Form,
dauerhafte Qualität
von Mk. 44,- an

Fachmännische Bedienung gewährleistet.

Warenabgabe ohne Bezugsschein an Jedermann

Die U. S. P. D. und die 3. Internationale.

Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteitagbeschlusses

Um alle jene Legenden über unsere angebliche Verschleppungstaktik in der Frage des internationalen Zusammenchlusses, die teils aus Unkenntnis des wahren Sachverhaltes, teils aus Gedankenlosigkeit oder Böswilligkeit in die Welt gesetzt werden, zu zerstören, haben wir uns entschlossen, der Öffentlichkeit einen Bericht über unsere unausgesprochenen Bemühungen zur Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses zu unterbreiten. Dieser Bericht erscheint zu einer Zeit, wo unsere Kommission vor ihrer Abreise nach Moskau steht, um dort mit den Vertretern der III. Internationale wegen des Zusammenchlusses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der III. Internationale zu verhandeln. Und wir dürfen annehmen, daß die Verhandlungen ein gutes Resultat für eine aktionsfähige proletarische revolutionäre Internationale zeitigen werden.

Der Leipziger Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogrammes unserer Partei mit allen sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder und mit der III. Internationale sofort in Verhandlungen zu treten, um durch Zusammenschluß unserer Partei mit der III. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder eine aktionsfähige proletarische Internationale zu ermöglichen. Wie energisch und wie fortgesetzt das Zentralkomitee an der Durchführung dieses Beschlusses gearbeitet hat, das geht aus diesem Bericht hervor.

Am 8. Dezember 1919 wurde der Parteitag in Leipzig geschlossen. Schon in Leipzig sprachen wir mit Genossen aus Norwegen und Schweden und, kaum nach Berlin zurückgekehrt, am 9. Dezember in Berlin mit linkssozialistischen Genossen aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien und dem Jüdischen Arbeiterbund Russlands über den internationalen Zusammenschluß. Dabei wurde besonders mit skandinavischen Genossen darüber beraten, in welcher Weise unsere Partei in ihren Bemühungen, mit der III. Internationale wegen des Zusammenchlusses zu verhandeln, vom skandinavischen Exekutivkomitee der III. Internationale unterstützt werden könnte. Die skandinavischen Genossen wollten in ihren Ländern dafür eintreten, daß vom skandinavischen Exekutivkomitee Vertreter unserer Partei mit Genossen aus Moskau auf einer Konferenz zusammengeführt würden.

Am 10. Dezember hatten Vertreter des Zentralkomitees eine Besprechung mit dem Genossen Kadel, der damals der Leiter der russischen Partei in Berlin war. Kadel sah in den Beschlüssen des Leipziger Parteitages eine günstige Grundlage für Verhandlungen wegen eines Zusammenchlusses unserer Partei mit der III. Internationale. Er wollte in Moskau solche Verhandlungen befürworten und fördern. Kadel hielt jedoch das skandinavische Exekutivkomitee nicht für geeignet, eine Konferenz einzuberufen. Das wäre die Sache des Moskauer Exekutivkomitees der III. Internationale. Dies würde den skandinavischen Genossen von Moskau aus auch gesagt werden, man würde aber keine Preisfrage daraus machen und sich damit abfinden, wenn die Skandinavier eine Konferenz einberufen sollten. Kadel sollte unsere Genossen eine baldige Antwort auf unser Ersuchen um Einberufung einer Konferenz in Aussicht stellen.

Am 16. Dezember sandte das Zentralkomitee unserer Partei folgendes Schreiben an 10 ausländische Parteien und Gruppen:

„Zwei Beschlüsse unseres außerordentlichen Parteitages, der vom 30. November bis zum 6. Dezember 1919 in Leipzig tagte, sind von besonderer Bedeutung nicht nur für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland, sondern auch für die Arbeiterbewegung in allen Ländern, wo das Proletariat um seine Befreiung ringt.“

Der Parteitag hat einstimmig ein neues Aktionsprogramm beschlossen, in dem für die Tätigkeit unserer Partei die Grundzüge des revolutionären marxistischen Sozialismus klar formuliert sind. Wir fügen einige Exemplare unseres Aktionsprogramms bei. Es ist daraus ersichtlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, unerlässlich an dem selbständigen proletarischen Klassenkampf festhält, daß sie die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erstrebt und für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räte Systems eintritt. Unsere Partei hat erneut bekundet, daß sie auf dem Boden des Räte Systems steht und daß sie schon vor der Eroberung der politischen Macht alle Bestrebungen der Räteorganisation unterstützt, sie als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen.

Der zweite bedeutende Beschluß des Parteitages war die Annahme der ebenfalls beigefügten Resolution zur Frage der III. Internationale. Diese Resolution wurde mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen. Damit hat unsere Partei sich endgültig von der II. Internationale losgesagt. Gleichzeitig hat der Parteitag das Zentralkomitee beauftragt, auf Grund des oben erwähnten Aktionsprogramms mit der III. Internationale und mit den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenschluß unserer Partei mit der III. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder herbeizuführen und so mit der III. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu ermöglichen.

Im Sinne des uns gewordenen Auftrages wenden wir uns hiermit an die III. Internationale und an die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit dem Vorschlag, etwa im Februar 1920, wenn möglich in Deutschland oder in Oesterreich, eine vorbereitende Besprechung zu veranstalten, die sich mit der Frage der Internationale beschäftigen soll.

Wir gehen bei unserem Vorschlag von der Voraussetzung aus, daß die III. Internationale und die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit uns dahin zu wirken entschlossen sind, daß sich das revolutionäre Proletariat aller Länder zu einer geschlossenen Front zusammenschließt, um der immer mehr eskalierenden internationalen kapitalistischen Reaktion wirksam entgegenzutreten und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Wir bitten, unseren Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen und uns über die Aufnahme des Vorschlages so rasch wie möglich Mitteilung zu machen.“

Das Schreiben wurde einmal auf indirektem Postwege nach Moskau geschickt und außerdem dem Genossen Kadel persönlich überreicht, damit er es in Moskau ablesere.

Wir gingen in unserem Schreiben unter Befolgung des Parteitagbeschlusses von der Ansicht aus, daß sich zunächst Vertreter aller sozialrevolutionären Parteien, die bereit wären, mit der dritten Internationale zusammenzuschließen, zu einer vorbereitenden Besprechung zusammensetzen sollten. Bei dieser Gelegenheit sollte auch eine Verständigung über die Einberufung einer internationalen Konferenz und über die Grundzüge der Zulassung der einzelnen Parteien und Gruppen erzielt werden. Zu diesen Zusammenkünften sollte von den Moskauer Genossen aufgefördert werden. Deutschland oder Oesterreich hätten wir aus Gründen der Kostenfrage (Salute) für internationale Zusammenkünfte vorgeschlagen. Durch unser Schreiben wurden eine lebhafteste Korrespondenz zwischen uns und vielen ausländi-

schen Parteien ausgelöst. Dazu kamen zahlreiche persönliche Aufsprachen mit Sozialisten aus den verschiedensten Ländern.

Am 2. Januar 1920 hatten wir die Nachricht von der norwegischen Arbeiterpartei in unseren Händen, daß sie für eine Konferenz sei und bereit wäre, die Arrangements dafür zu übernehmen, wenn die Konferenz in Skandinavien stattfinden würde. — Am 5. Januar erhielten wir einen Brief von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in dem angekündigt wurde, daß sie einen Vertreter nach Berlin zu einer Aussprache mit uns senden werde. Am selben Tage ging ein Telegramm des Wiener Berichterstatters des „Avanti“ bei uns ein mit der Mitteilung, daß der Parteivorstand der italienischen sozialistischen Partei zu unserem Schreiben Stellung nehmen werde. — Am 7. Januar traf von der Independent Labour Party Englands die Bestätigung über den Eingang unseres Briefes ein und die Bestätigung, daß die englischen Genossen sich mit unserem Vorschlag beschäftigen werden. Am 8. Januar teilte uns die sozialistische Partei Frankreichs mit, daß sie auf ihrem nächsten Parteitag ebenfalls zur Frage der Internationale Stellung nehmen werde. Für eine Konferenz hielten die französischen Genossen ein neutrales Land am geeignetsten. Weitere Berichte werden erbeilen. — Die britische sozialistische Partei leitete in einem Brief, den wir am 13. Januar erhielten, eine Beileidigung an einer Konferenz ab und empfahl sofortigen Anschluß an die dritte Internationale. Am 13. und 14. Januar hatten wir eine Aussprache mit einem Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie in unserem Parteibüro in Berlin. Es handelte sich dabei um eine Aussprache über unsere Parteitagresolution zur Frage der Internationale. — Die schwedischen linkssozialistischen Kandidaten uns am 15. Januar an, daß sie einen Vertreter nach Berlin schicken würden, der sich mit uns über die Frage der Internationale aussprechen sollte. Am 16. Januar traf ferner eine Einladung von den französischen Genossen zu einer Aussprache mit uns und schweizerischen Genossen in Bern ein. — Die dänischen linkssozialistischen teilten uns am 16. Januar mit, daß sie sich an einer Konferenz beteiligen würden.

Interessante Einblicke in die Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Finnland gaben uns zwei Briefe. Den einen erhielten wir am 20. den anderen am 27. Januar. Der erste lautete von finnischen linkssozialistischen und mochte Angaben über eine wachsende linkssozialistische Bewegung in Finnland, die den Wunsch habe, auch mit unserer Partei in Verbindung zu treten. Die offizielle Partei sprach die Hoffnung aus, daß es immer noch gelingen könnte, die II. Internationale zu einem guten Werkzeuge für den internationalen Klassenkampf zu machen. Die englische Independent Labour Party teilte am 22. Januar mit, daß sich die Sozialistische Partei mit der Frage der Internationale beschäftigen werde. Auch sie wünschte eine Konferenz in einem neutralen Lande. Am 20. bis 25. Januar hatte ein Vertreter unserer Partei in Bern Besprechungen mit einem Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der schweizerischen Parteileitung. Diese Aussprache diente dazu, sich gegenseitig über die Stellung der verschiedenen Parteien zur Frage der Internationale und über die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern näher zu unterrichten. Von der Absicht, eine Konferenz der westeuropäischen sozialistischen Parteien, die sich von der II. Internationale losgelagt haben oder losgehen werden, zu beraten, hat unser Vertreter Abstand genommen. Es liegen im Interesse eines rascheren und glatteren Zusammenschlusses mit der III. Internationale, wenn Einberufungen von internationalen Konferenzen von den Moskauer Genossen ausgingen. Die Moskauer Genossen seien von uns darum ersucht worden und es wolle, bald eine Antwort von ihnen da sein. Es erfolgt dann auch in Bern eine Verständigung darüber, die Antwort aus Moskau abzuwarten.

Am 12. Februar besuchte uns Genosse Trebehan von der englischen Independent Labour Party in unserem Bureau in Berlin. Der Genosse kam nicht im offiziellen Auftrage der Partei; er besah sich auf einer Informationsreise und berichtete, daß die englischen Genossen unsere Beschlüsse zur Frage der Internationale nicht kritisiert hätten, daß sie unsere besondere Situation berücksichtigen und dementsprechend tätig sein wollten. Am 16. Februar ging ebenfalls ein Brief von der englischen Independent Labour Party bei uns ein, in dem die Veranstaltung einer internationalen Konferenz angeregt wurde. Dem Brief war die Absicht eines Schreibens an die Schweizer Partei beigelegt, das in demselben Sinne gehalten war. Am

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

„A Drog' is s' wohl!“ murzte der alte Bauer. „Aber was ein Schach hüt!; heb' mer so ein'm sein Fiedel ausjucken und 'n D'rauf in Ruh', hüt' mer's beste Auskommen; doch wer sieht denn so'n Untier gern af'm Sein'm? Uedrigens, was wahr is, is wahr, breit g'mug s'ht' s' af'm Gassen, vor Schwaden weiß sie sich z' wahren, muß sich nur noch welfen, ob sie sich auch auf'n Ruh'n versteh'n lernt, dann is sie da der Bauer; mein Bub tauht amal nie dafür. Und was recht is, du hast kein Grund, ihr auffässig z' sein, dein Tochterkind halt' s' wie ihr eig'nes. Ich aber — der s' von all'm Anfang da wegwehen woll't und dem s' hüt' s' Trub da s'ht — ich will nit mit ihr.“

„Ich aber auch nicht, schon dir z' Lieb nit. Und no will s' gar daher, da geh' ich. V'hüt Gott!“ Rabbiermattel erhob sich und ging, doch nicht, ohne der Bauerin mit süßlichem Nicken gute Tagezeit zu bieten und etwas von „immer schöner werden“ verlauten zu lassen.

Selene nickte ihm einen kurzen Gruß zu und schritt vorüber, und der alte Sternsteinhofer nahm die Pfeife aus dem Mund und spuckte hinter dem „Kerl“ aus, „der gute Worte ins Gesicht und üble hinterm Rücken gäbe“.

Als die Bauerin ganz nahe herzutrat, blickte der Alte an ihr hinauf, und da er ihr bleiches Gesicht und ihre geübten Augen wahrnahm, fragte er: „Was host?“

„Nachricht vom Toni.“

„Was schreibt er?“

„Andre tun's.“

Der Bauer starrte sie an. „Doch nit —?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wessert?“

„Nein.“

„Wach nit? Was denn noch?“

Sie reichte ihm das Schreiben hin.

„Ergernb sahle er danach und las es stille für sich.“

— Der Notar, als langjähriger Geschäftsfreund und aufrichtiger Anteilnehmer an den Geschicken seiner verschuldeten Klienten, bedauerte unendlich sich zu einer schweren, traurigen Pflicht gebrannt zu fühlen. Indem er vor-aussehen mußte, daß direkte Mitteilungen vom Kriegschauplatz bei den in solchen unruhigen Zeitaltern häufigen

Störungen des Postverkehrs oftmals durch die amtlichen Verkaufsanordnungen überholt würden, und daß diese wieder den werten Angehörigen nicht sofort zugänglich wären, so erlaube er sich mit dem Ausdruck wahrsten Weileids, aber auch mit dem beherzigenswerten Hinweis auf die Hoffnung, daß eine gütige Fügung des Himmels doch immerhin noch das Keraste abgewendet haben könne, ein Zeitungsbblatt mit der amtlichen Verlustliste aus den letzten Gesichten zur Einsichtnahme anzuschließen. —

Das Papier knisterte unter dem Finger, der von Zeile zu Zeile, von Namen zu Namen rüdte. Blüßlich hielt er, zusammenknirschend, inne.

„Vermißt.“ Der alte Mann sah langsam auf, doch hostig gab er Raum an seiner Seite, Selene sank neben ihm auf die Bank.

„No, g'scheit sein. Wer weiß halt hüt nit, wo der Toni s'ht, doch der Notarius hat Recht, mer braucht nit gleich's Keraste z' glauben, er kann sich allmal wieder finden. Ich bin überzeugt, er s'nd't sich wieder. Unkraut verdirbt nit.“

Er machte den Versuch, ein verschmühtes Gesicht zu ziehen, und Selene versuchte zu lächeln. Aber das war nur ein hüchliches Zucken von Augen- und Mundwinkel, sie fühlten gegenseitig sich wie über einer Lüge ertappt und blickten wieder ernst.

Mit Tränen kämpfend, begann die Bauerin: „Wir wollen's Beste hoffen, aber wir müssen uns doch aufs Schlimmste einrichten. Ich möcht' dich wohl bitten, daß d' h'nauf ziehest zu mir, damit ich nit so verlassen in dem weiten Gemäuer hauf', auch daß d' mir in der Wirtschaft an d' Hand gingeht, aber wann d' nit mit mir unter ein Dach willst und mir kein Rat gönnt, so magst es ja lassen, ich tracht' mich dann schon ein'g'wöhnen und alles allein 'richten, wie gut ich's vermag. Aber die Gnad' hob' — sie drückte die gefalteten Hände gegen seine Brust — „um'n Bub'n nimme dich an, du bist sein Ehal, er is dein Fleis und Blut, du sollt'it's, und von dir kann er was lernen, und ohne Mann-Anleitung wird aus ein'm Bub'n nit! Anfangs wird wohl's kleine Menschel da häufig mitrennen, den' nit, ich wär' so albern, dich zu ein'm Kindshüter machen z' wollen; in den Jahren halten Kinder halt gern 'samm', aber wie unser Dirndl größer wird, nehm' ich's schon zu mir und's soll mein Sorg' sein, sie recht'schaffen z' leiten und z' lehren, wie mir zukommt, aber 'n Bub'n weiß und lehr' du, laß ihm's nit entgehen, was d' etwa

nach von trüber her gegen mich host.“ Sie erhob sich, schmerz die Hand auf seine Schultern auflegend, und hob ihn den Knaben zwischen die Arme. „Schau, wenn halt hüt nit wär', was sich geschieht hat und geworden ist, nit nur ich stünd' verlassen af der Welt, auch du wärst nu(n) vereinsamt af dein'm weiten, reichen Anwesen.“

Der Alte runzelte die Brauen, sah finstler vor sich hin, dann nickte er ein paarmal mit dem Kopfe und legte die breite Hand auf den Scheitel des kleinen Maderl.

Ueber eine Weile hob er sich löchle vom Sitz, ohne die Rechte wegzuziehen, mit dem Rücken der Linken aber strich er sich dicht unter dem Hutrande über die Stirne und seufzte: „Heiß ist's, Bäuerin, heiß. — hüt' s' nit denk, um die Zeit noch...“ Blüßlich warf er die Hand vor sich und löchnte laut auf: „Ach, s' is arg.“

„Gar arg!“ weinte sie leise.

XXIV.

Jahre schwanden dahin, der Toni kehrte nicht wieder. Die beiden Kinder wuchsen auf dem Sternsteinhofe unter der Aufsicht der Mutter und des Großvaters heran. Maderel hatte großen Respekt vor der erstieren und eine wahre Anhänglichkeit an den „Ehal“; der ging ihm über alles, der war für ihn das Muster aller männlichen und bauerlichen Vollkommenheit, dem er nachstrebte, und der Alte, dem diese Neigung wohlthat, diese Schätzung mit Stolz erfüllte und die Gelehrigkeit des Knaben vergnügte, war in diesen vernarrt und erklärte in seiner rückwärtslos eifernden Weise, daß ihm sein Enkelkind lieber sei, als ihm sein eigener Sohn, je gewesen, der nicht biegtbar, noch braudbar gewesen sei.

Juliane hatte wieder gewaltigen Respekt vor dem Ehal — mehr beanspruchte der von ihr nicht — und hing der Bauerin an, auf deren Schönheit und Klugheit sie sich was zu Gute tat; wer die Mutter „herausstrich“, der redete ihr zu Gefallen und wer gar zu verfehlen gab, daß sie derselben nacharte, der hatte ihr das Liebste gesagt. Dieses stürmische Anhängen, diese kindlich trotzig Parteinahme gewannen denn auch das Herz der Bauerin, und daß es trotz der Vorliebe der beiden Erzieher für einen ihrer Jüglinge, weder zur Verhöhnung und Verziehung des einen noch des anderen kam, das rührte nur daher, weil der alte Bauer und die junge Bauerin einander gegenseitig auf den Dienst lauerten; die Mutter litt keine unzulässliche Vorzugung des Knaben und der Großvater keine dem Maderel, eine Rivalität, die zum Nutzen der Kinder aus-schlug. (Schluß folgt.)

12. Februar traf eine Einladung der der III. Internationale angehörenden linkssozialistischen Partei Danemarks zu ihrem Parteitag bei uns ein. Die Besichtigung eines unserer Genossen mit der Vertretung unserer Partei. Unser Delegierter konnte aber nicht die Einzelheiten noch den Verlauf erzählen. Am 12. März hatte das Zentralbüro eine eingehende Besprechung mit dem Genossen Einarsson aus Paris, der zur Richtung der Partei über die Frage der Internationale. Am 19. März wurden wir von der Roten Sozialistischen Arbeiterpartei zu ihrem Kongress eingeladen. Auch diesmal konnte die Einzelheiten nach Norwegen für unseren Vertreter nicht zeitig genug besprochen werden.

Aus dieser gedrängten Uebersicht, die keineswegs schon die ganze internationale Korrespondenz und alle internationalen Beziehungen umfaßt, ist ersichtlich, daß wir unabhängig bemüht waren, die internationalen Beziehungen wieder inniger zu gestalten. Wir haben auf alle Briefe ausländischer Parteien regelmäßig umgehend geantwortet und sind außerdem bemüht gewesen, durch Versand und Abgabe von Broschüren, Flugzetteln und ähnlichem Material in den anderen Ländern Aufklärung über die Verhältnisse in Deutschland zu verbreiten. Unser Briefverkehr geht regelmäßig an eine Reihe ausländischer sozialistischer Zeitungen. Nur aus Moskau kam keine Antwort. Dadurch ergab sich ein gewisser Stillstand in der Förderung der internationalen Beziehungen. Wir riefen immer wieder davon ab, eine internationale Konferenz abzuhalten, die nicht von Moskau einberufen würde. Wir wollen die Verhandlungen mit der III. Internationale nicht komplizieren und auch den Schein vermeiden, als bestände die Absicht, eine Internationale neben der III. zu erstellen. Im Januar regte Genosse Dittmann an, in Moskau anzufahren, worum wir auf unser Schreiben noch keine Antwort bekommen hätten. Auf Anrufen des Genossen Stoeckel wurde davon Abstand genommen, weil das Eintreffen der Antwort aus besonderen Gründen verzögert sein könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein politischer Mordprozeß.

Die Epistelzentrale auf der Anklagebank.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hat gestern die Verhandlung gegen drei Mitglieder der kommunistischen Partei (Spartakusbund) begonnen, die bei der Tötung des Polizeispitzels Karl Blau hervorragend beteiligt gewesen sein sollen. Es sind dies der frühere Redakteur und jetzige Schriftführer Max Fichtmann, der Kaufmann Erwin Hoppe und der Schneider Willi Winkler, sämtlich aus Berlin. Wegen die beiden ersten Angeklagten lautet die Anklage auf Mord. Fichtmann und Hoppe sollen Anfang August 1919 gemeinschaftlich mit anderen den Inspektor Blau vorsätzlich getötet und diese Tötung mit Heberzeugung ausgeführt haben. Winkler soll den beiden Angeklagten und den anderen Mitaltern bei der Begleitung des Verbrechens des Mordes durch Tat und Wissenlich Hilfe geleistet haben. Alle drei Angeklagten stehen im Alter von 21-22 Jahren.

Die Öffentlichkeit hat sich bereits mehrfach mit der jetzt noch dunklen Angelegenheit zu befassen gehabt. Soweit man aus dem Verlauf der heutigen Verhandlung ersehen kann, haben die beiden aus dem Lebebour-Prozeß sowie den anderen politischen Prozessen des vergangenen Jahres bekannten Epistelzentrale der antibolschewistischen Liga ihre Hand im Spiele. Aber auch die Tätigkeit der amtlichen Epistelbureau der republikanischen Neu-Militaristen wird anscheinend in diesem Prozeß beleuchtet werden. In der kommunistischen Partei als Polizeispitzel entlarvte Elemente haben in der Voruntersuchung gegen die Angeklagten schwer belastende Aussagen gemacht. Das Schauspiel vom Lebebour-Prozeß wiederholt sich. Die Epistel gaben damals wie auch jetzt ihre Aussagen zu Protokoll, um dann bei Beginn der Hauptverhandlungen für die Staatsanwaltschaft nicht erreichbar zu sein. Die Verteidigung wies gestern mit Recht darauf hin, daß diese Tatsachen den Eindruck erwecken müssen, daß die zuständigen beherrschenden Stellen ein Interesse daran haben, diese Polizeispitzel ihre Aussagen nicht in der öffentlichen Verhandlung machen zu lassen.

Die jugendlichen Angeklagten bestreiten auf das allerentschiedenste, an der Tötung des Inspektors Blau beteiligt gewesen zu sein. Dagegen behaupten sie mit allem Nachdruck, daß auch bei der Tötung Blaus Polizeispitzel ihre Hand im Spiele hatten.

Wir wollen der Verhandlung nicht vorgreifen und uns vorläufig jeder Kritik enthalten. Wir fordern aber, daß die Verhandlung vor dem Schwurgericht so geführt wird, daß eine völlige Aufklärung dieser bis jetzt noch dunklen Angelegenheit möglich wird.

Erster Verhandlungstag.

Gestern vormittag um 10 Uhr wurde vor dem Schwurgericht des Landgerichts II, Straßmannstr. 5, die Verhandlung gegen den Redakteur Max Fichtmann, Kaufmann Erwin Hoppe und den Schneider Willi Winkler eröffnet. Die Anklage lautet auf Mord bzw. wissenschaftliche Beihilfe, begangen Anfang August 1919 an dem Inspektor Karl Blau in Berlin. Nach dem Ermittlungsergebnis liegt der Anklage folgender Tatbestand zugrunde: Am 7. August d. J. wurde vor dem Hause König-/Augusta-Str. 21 die Leiche des Inspektors Blau aus dem Kanal gelandet, die mit einer Wäscheleine gefesselt war. Die beherrschenden Ermittlungen haben diese zu der Heberzeugung gebracht, daß Blau aus politischen Motiven ermordet worden sei. Blau hatte in München in kommunistischen Kreisen verkehrt und ist erst dort und später in Berlin als Epistel entlarvt worden. Die Anklage behauptet nun, daß von einer kommunistischen Gruppe der Beschluß gefaßt worden sei, Blau unschädlich zu machen. Er soll zu diesem Zwecke noch dem Tempelhofer Seebecken geschleppt worden sein, um dort erschossen zu werden. Man soll dann aber davon Abstand genommen und Blau in einer Privatwohnung zwei Tage gelassen haben und dann ermordet haben. Nach Annahme der Anklage soll die Leiche dann in den Kanal geworfen worden sein.

Die Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Joel. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Walter Dr. Ortmann. Die Verteidigung wird von den Rechtsanwältinnen Theodor Lieblach, Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Siegfried Weinberg und Dr. Bahn geführt. Als Sachverständige sind geladen: Professor Dr. Strauch, Dr. Konrad, Sanitätsrat Dr. Behnen, Gefängnisarzt Dr. Dieck und Gerichtsarzt Dr. Ortmann. Außerdem sind ca. 50 Zeugen geladen. Von diesen sind mehrere nicht erschienen. Bei der Ausübung des Befehrsrechts wird die Verteidigung von ihrem Abwehnrungsrecht Gebrauch gemacht.

H. Dr. Weinberg stellt fest, daß von den Zeugen vier nicht erschienen sind. Diese vier Zeugen stehen als Polizeispitzel im Dienst der Polizei. Sie haben in der Voruntersuchung

für die Angeklagten schwer belastende Aussagen gemacht und sind jetzt bei der Eröffnung der Hauptverhandlung von der Staatsanwaltschaft angeklagt nicht zu ermitteln. Einer dieser Belastungszeugen, der Polizeispitzel Schreiber, sei der wichtigste Zeuge gegen den Verdacht, daß er selbst der Täter sei. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel steht gleichfalls im Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Ebenso die beiden anderen nicht erschienenen Zeugen Stroß und Samson sind gleichfalls als Polizeispitzel stark beteiligt gewesen. Erst die verurteilte Vernehmung dieser vier Zeugen könne ein richtiges Bild von der Sache geben und nicht durch Vertiefung ihrer kommissarischen Aussagen ersetzt werden.

Staatsanwalt Dr. Ortmann: Der Zeuge Schreiber ist nicht zu ermitteln gewesen. Nach den Mitteilungen der Münchener Polizei ist er von München nach der Schweiz abgehoben worden.

Rechtsanwalt Lieblach: Die ganze Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, daß dieser Mord in seinen Motiven, in seiner ganzen Entstehung möglichst restlos aufgeklärt wird. Es handelt sich hier um die Tätigkeit militärischer und politischer Agenten und Spitzel, insbesondere des Schreiber, der ebenso wie Teufel an dem Mord beteiligt ist. Schreiber hat zu der Tat angereizt und sie veranlaßt. Die Polizei kann jetzt die Spitzel nicht finden, weil sie sie nicht finden will. Es ist dies genau so wie im Lebebour-Prozeß, wo der Zeuge Roland und der Zeugin Fraumann bei den beherrschenden Epistelzentralen ein- und ausgingen. Schreiber ist nun von der Polizei nach der Schweiz abgehoben worden. Wenn der Staatsanwalt jetzt angibt, daß der Polizeispitzel Schreiber nach der Schweiz abgehoben sei, so kann ich feststellen, daß die Polizei ihn abgehoben hat, weil sie ein Interesse daran hat. H. Dr. Lieblach legte dann noch Verwahrung dagegen ein, daß trotz der zehn Monate langen Voruntersuchung es der Verteidigung nicht möglich war, rechtzeitig die Akten einzusehen. Es war der Verteidigung deshalb unmöglich, die Akten richtig durchzuarbeiten. Wegen dieser Beschränkung der Verteidigung protestieren die Verteidiger und beantragen aus diesem Grunde die Vertagung der Verhandlung.

Der Vorbesitztrag der Verteidigung hatte folgenden Wortlaut:

- Walter Schreiber wird als Zeuge beschuldigt:
1. daß er als Polizeispitzel militärischer und politischer Stellen tätig war;
 2. daß er als solcher und im Einverständnis mit seinen Auftraggebern die Befreiung des unheimlich gewordenen Blau übernommen hatte;
 3. daß er als solcher und im Einverständnis mit seinen Auftraggebern den Blau nach Magdeburg und Berlin besuchte; und
 4. daß er als solcher und im Einverständnis mit seinen Auftraggebern die Ermordung Blaus betrieben hat, und daß er selber, nicht aber die Angeklagten, die zur Anklage stehende Tat begangen hat.

Die genaue Wertsache des Schreiber ist auch der schweizerischen Behörde und dem deutschen Generalkonsulat in Zürich bekannt, ebenso dem Vertreter der politischen und Parteibehörden des Reichspräsidenten, des Reichswehrministeriums und der politischen Abteilung des Reichspräsidenten, die dies als Jenseits behaupten werden.

Nach längerer Aussprache zwischen der Verteidigung, dem Vorsitzenden und dem Staatsanwalt über den Vertagungsantrag zieht sich das Gericht zur Beratung zurück und verhandelt nach einer Stunde, daß der Antrag der Verteidigung abgelehnt sei.

Nach der Mittagspause nimmt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Joel, die

persönliche Vernehmung der Angeklagten

vor. Der erste Angeklagte Fichtmann gibt an, daß er gegenwärtig in Brandenburg eine zwölfjährige Anklagestrafe absitze, zu der er im Oktober 1919 durch Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts wegen versuchter räuberischer Erpressung und versuchter Mordes verurteilt worden ist. Der Verteidiger Dr. Siegfried Weinberg teilt mit, daß in dieser Sache das Wiedernahmeverfahren eingeleitet sei, da gegen das Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts keine Berufung möglich war, der Angeklagte sich aber völlig unschuldig fühle.

Zur Sache selbst gibt Fichtmann an, daß er in Berlin, Jüdenstraße 22, eine Schankwirtschaft betriebe. Er ist Mitglied der K. P. D. und in seinem Lokale verkehrten Anwohner seiner Partei. In diesen gehörte der später als Polizeispitzel entlarvte Teufel. In der Nacht vom 21. Juli zum 1. August beschaltete dieser am Rollemarkt den Diamantenhändler Gelowski. Derselbe wurde nach einem Vorstöße verschleppt und um ca. 9000 M. beraubt. Dabei soll auch ein Schuß abgegeben worden sein. Teufel behauptete nachher, Fichtmann hätte diese Tat begangen und Fichtmann selbst deshalb die zwölfjährige Anklagestrafe. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht wurde auch der Oberleutnant Graf Westarp vernommen, der dem Epistel Teufel bezeugte, daß er von ihm (Westarp) den Auftrag bekommen hätte, Fichtmann unschädlich zu machen.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte an, daß er am Abend des 2. August das Lokal von Ost in der Wäsche Straße mit Freunden aufgesucht hätte. Von da sei er nach 11 Uhr 1 und 2 Uhr direkt nach Hause gegangen und hätte sich schlafen gelegt. Er betont, daß er von dem ganzen Vorgang, der sich in der Wäsche Straße abgespielt hat, nichts wisse.

Hierauf wird der Angeklagte Hoppe vernommen. Er gibt an, daß er seit seinem 14. Lebensjahr der freien Arbeiterjugendbewegung angehört. Er fand bei Gelegenheit, daß ein Mitglied der K. P. D. die Arbeit ausbrach, war er Kriegsgegnere, entzog sich der Militärpflicht und wurde in Absicht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung schloß er sich sofort wieder der freien sozialistischen Jugendbewegung an.

Der Vorsitzende befragt Hoppe, ob es ihm bekannt sei, daß es in der K. P. D. sogenannte Terroristengruppen gebe, die auf gewaltsamen Wege ihre politischen Ziele erreichen wollen. Hoppe verneint diese Frage und betont, daß er gegen jeglicher Gewaltanwendung sei. In einer weiteren Vernehmung schildert Hoppe den Vorgang von der Entführung Blaus in einer kommunistischen Versammlung am Sonnabend, den 1. August, die im Sophienpark, Weinmeisterstraße, stattfand. Er habe am Abend an einer Versammlung der sozialistischen Jugend teilgenommen und wolle nach Hause gehen, als ihm nach der Verammlung der K. P. D. einfiel. Als er um 11 1/2 Uhr in der Weinmeisterstraße ankam, sei die Versammlung gerade geschlossen worden. In der Erwartung, noch einen Mann zu treffen, ging er noch in den Versammlungssaal hinein und fand dort eine Gruppe Genossen, die sich sehr lebhaft mit Blau auseinandersetzten. Aus dem Reda konnte er entnehmen, daß Blau in der vorausgehenden Versammlung als Polizeispitzel entlarvt worden ist. Blau vermaßte sich trotz der Verweise, die die Genossen in der Hand hatten, energisch gegen den Verdacht und behauptete, daß ein gewisser Stroß ihn von diesem Verdacht befreien könnte. Die beteiligten Genossen beauftragten einen Genossen, der später auch als Epistel entlarvt wurde, diesen Stroß herbeizuführen. In der Nähe des Kreuzbergs wählten sie dann alle zummentreffen. Hoppe schloß sich diesem Stroß an und sie trafen beide in einem Wirtshaus der Pariser Straße. Der beauftragte, dem Hoppe unbekannt Genosse, stieg aus, um den Stroß herbeizuführen, während Hoppe im Auto warten sollte.

H. Dr. Weinberg bemerkt dazu, daß von dem Standort des Autos das berühmte Epistelbureau in der Liebenburger Straße in wenigen Minuten zu erreichen ist, so daß die Vernehmung doch der Begleiter Hoppe in diesem Vortrag

Der Angeklagte Hoppe wiederholt dann wieder, wie sie am Kreuzberg mit den Genossen zusammentrafen. Wie diese Genossen stand es fest, daß

Blau als Spitzel im Dienste der Polizei steht.

Zie wollen Blau einerseits nicht ohne weiteres laufen lassen, andererseits ihm aber auch Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung geben. Ein gewisser Vorschlag, Blau sofort auf dem Tempelhofer See zu erschließen, wurde von der Mehrheit der anwesenden Genossen abgelehnt. Mit Zustimmung Blaus wurde beschlossen, daß Blau in der Wohnung des anwesenden Genossen Pohl in der Wilmersdorfer Straße übernachten sollte. Pohl und seine Frau sowie ein Genosse Weiser und Hoppe übernachteten dann gemeinsam in einem Zimmer und wählten sich auch den folgenden Tag noch dort auf. Im Laufe des Tages kam ein Mann, der sich als Genosse vorstellte und meinte, daß Stroß noch nicht gefunden sei. Er bot dem Hoppe ein Plätzchen mit Morphin an und gab ihm den Rat, doch gleich mit dem Blau Schluss zu machen. Hoppe lehnte das an und ließ ab. Gegen Abend 41 er dann zu seinem Freund, dem Wilmersdorfer Weiser gegangen, um ihn zu bitten, ihm die Wohnung seiner Frau für ein Nacht zur Verfügung zu stellen, da er wolle, daß die Eltern Winklers nicht anwesend wären. Dieser sagte dann auch zu.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit beschloß der Vorsitzende Dr. Joel mit Zustimmung aller Prospektanten die Vernehmung Hoppe ab. Sie soll heute vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden.

10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Zweiter Verhandlungstag.

In geschlossener Sitzung wird am Vormittag über die Lage auf dem Tarifgebiete weiter beraten. Als Ergebnis der Verhandlungen findet eine Entschließung des Verbandes gegen die Stimmen der Opposition Annahme, monoch der Verband der Deutschen Buchdrucker grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen festhält und in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gesamtarbeitsgemeinschaft eine ernste Zukunftsaufgabe als unabweisbare Forderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes erblickt. Die Generalversammlung erwartet daher, daß der zunächst notwendige Um- und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird.

Die Generalversammlung beschloß die Tarifkommission, die beauftragt wurde, die Durchföhrung dieser Grundsatze beim Tarifamt die Abänderung des Tarifs gemäß § 27 des Tarifs einzuleiten und gleichzeitig die rechtzeitige Einberufung des Tarifausschusses zur Einleitung von Verhandlungen zu beantragen.

Die Generalversammlung beschloß weiter, daß sämtliche bis spätestens 15. August beim Verbandsvorstand einzureichenden Gesellenanträge durch eine Kommission der Buchdrucker und Arbeiter zu unterziehen und dann einer Gewerkschaftskonferenz in Potsdam zu bringen sind. Diese Konferenz entscheidet endgültig über die Nennung der Gesellenhaft zur Tarifberatung zu stellenden Vorschläge. Die Generalversammlung macht es allen Mitgliedern und Verbandsinstanzen zur Pflicht, die von der ordnungsgemäßen Vertretung der Gesellenhaft eingegangenen Verpflichtungen und Abmachungen zu beachten und danach zu handeln. Lokale wilde Bewegungen sind unzulässig.

Weiter erklärte sich die Generalversammlung in Vertretung der gegebenen Verhältnisse damit einverstanden, daß der Schaffung eines einheitlichen Tariftarifes für das gesamte graphische Gewerbe höherer Stellen nicht. Damit ist die Vermittlung dieses Gewerkschafts als möglich, so sind naturgemäß die schließlich entstehenden Abmachungen über die gemeinsam zu erledigenden Bestellungen abweichend von den hier festgesetzten Bestimmungen im Unternehmen mit den dem graphischen Gewerbe angeschlossenen anderen Organisationen festzusetzen.

Mit der Annahme der Verhandlungsergebnisse haben sich eine große Reihe Anträge erledigt. Eine Reihe anderer Anträge werden der Tarifkommission als Material überwiesen.

Die Generalversammlung ist der Auffassung, daß unter allen Umständen die Abschaffung der Sonntagsarbeit anzustreben ist.

Die gesamten Spartenanträge werden der Tarifkommission überwiesen.

Nachmittagsitzung.

Der Antrag Rote/Berlin, die Tarifgemeinschaft aufzugeben und an ihre Stelle Lohnkarte zu schaffen, nach denen die Mitglieder arbeiten und die den Unternehmern abzurufen sind, wird gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Damit ist die Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiet beendet.

Die Haltung des „Korrespondent“.

Sifler-Berlin (Verbandsvorstand) berichtet über die Anträge zum „Korrespondent“.

Hilger-Leipzig eröffnet die Diskussion und führt aus, daß während des Krieges der „Korrespondent“ auf derselben Höhe gestanden habe wie die „Leipzig-er Arbeiter-Korrespondent“. Redner weist an einer Reihe von Beispielen die Schwankens und unklare Haltung des „Korrespondent“ nach.

Schmidt-Berlin: Die Schriftweise des „Korrespondent“ war in Form und Inhalt grundlegend mit Rücksicht der Arbeit des Kollegen Schaeffer. Der Opposition stand der „Korrespondent“ von Anfang an völlig fremd gegenüber und hat bis heute noch nicht das Wesen der Opposition erkannt.

Helle-Treuen befragt die Haltung des „Korrespondent“ und wendet sich gegen die Verantwortung der Mitglieder durch die Redaktionen.

Dreher-Leipzig verteidigt den „Korrespondent“. Allerdings sei weder noch rechts noch links eine grundsätzliche Politik betrieben worden.

Rath-Leipzig („Korrespondent“) versucht unter lebhaftem Widerspruch die vorgebrachten Angriffe zu widerlegen und wendet sich gegen die Drohsätze Wöltchers und gegen die Schreibweise des „Graphischen Blatts“.

Hierauf erhält Wöltcher-Berlin zur Begründung eines Antrages das Wort, am Sitz des „Korrespondent“ eine siebenköpfige Preis-Kommission aus berufstätigen Mitgliedern zu wählen, die als Beobachter- und Kontrollinstanz für alle den „Korrespondent“ betreffenden Fragen gilt. — Redner fährt aus, ein Gewerkschaftsblatt habe die Pflicht, die Gewerkschaftler im sozialistischen Sinne zu erziehen und zu schulen. Das geschieht aber nicht, wenn man sich von Konfessionslosem oder parteipolitischen Rücksichten leiten lasse. Im letzten habe der „Korrespondent“ unter dem Deckmantel der Neutralität immer rechtsradikalistische Politik betrieben. Redner bittet um Annahme seines Antrages.

In der Abstimmung wird der Antrag Wöltcher gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Die Anträge auf Erhöhung der Abonnement- und Inseratenpreise werden angenommen. Sobald es die Verhältnisse erlauben, soll die Redaktion an den Sitz des Verbandsvorstandes verlegt werden. Das Obligatorium auf den „Korrespondent“ ist durch Annahme des Antrages auf Erhöhung des Abonnementpreises abgelehnt.

Damit ist die Nachmittags-Sitzung über den „Korrespondent“ beendet.

Gewerkschaftliches.

Die Gürtung in der Metallindustrie.

In der Angestelltenenschaft der Groß-Berliner Metallindustrie macht sich eine weitgehende Erregung bemerkbar, nachdem die Unternehmern den Schiedsgericht, der den Tarifstreit beilegen sollte, abgelehnt haben, einen Schiedsgericht, der fast restlos die grundsätzlichen Wünsche der Unternehmer erfüllte. Weil sie aber den Tarif ab 1. Mai gelten lassen wollten, was nach Lage der Dinge nur logisch war, und weil sie eine Erhöhung des Feuerungszuschlages zu billigen wollten, wollen sie die Angestellten bis zum Äußersten treiben.

Für die Stimmung der Angestellten ist besonders die Meinung der Betriebsvereinsammlungen der Firma Siemens u. Halske, Bismarckwerk, kennzeichnend. Dieses Werk ist eines der größten der Metallindustrie. Es sind dort rund 3000 Angestellte beschäftigt. Die Betriebsvereinsammlung folgt die Meinung über die Handlungsweise der Unternehmer wie folgt zusammen:

„Die Angestellten des Bismarckwerks haben mit Entrüstung von der Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Arbeitgeber Kenntnis genommen. Sie betonen nachdrücklich, daß sie der Annahme des Schiedsgerichts nur zugestimmt haben, weil sie sich ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Wirtschaftsleben bewußt waren. Dieses Verantwortungsbewußtsein scheint bei den Unternehmern nicht vorhanden zu sein, sondern nur das Bestreben, nach und nach die ihnen durch die Revolution abgenommenen Vorrechte zurückzuerobieren.“

Unter diesen Gesichtspunkten beunruhigen die Angestellten des Bismarckwerks die bei dem Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen, alles daranzusetzen, eine weitere Veränderung der Angestelltenchaft zu verhindern und die Erfüllung des Schiedsgerichts zu verhindern. Die Durchführung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu beugen.“

400 000 Mitglieder im Zentralverband der Angestellten.

Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten ist auf 400 000 gestiegen. Das ist ein erfreuliches Zeichen der Wehrkraft des Gehaltens der freien Gewerkschaftsbewegung in den Kreisen der Angestellten. Kaum ein Verband hat so sehr mit Vorurteilen und Verdächtigungen zu kämpfen. Die verschiedenen sogenannten „Gewerkschaftsbünde“ von Angestellten geben sich die ertönlteste Mühe, seinen Aufstieg zu verhindern. Wenn der Zentralverband der Angestellten trotzdem in kurzer Zeit derart an Mitgliedern zunahm, so ist dies ein Beweis dafür, daß die Angestellten zielbewußte und geistliche Gewerkschaftsarbeit höher schätzen als leere Behauptungen der „Gewerkschaftsbünde“, die auch heute von solcher Arbeit noch weit entfernt sind.

Die Forderung in den Groß-Berliner Verkehrsbetrieben.

Die einzige Forderung, die schon seit einem Jahr seitens der Bediensteten und Arbeiter der Groß-Berliner Verkehrsbetriebe um Gleichstellung in Lohn, Urlaub und sonstigen Dingen mit den Arbeitern der Stadt Berlin und jetzt wieder zum 1. Juli d. J. gestellt wurde, lehnte der Arbeitgeberverband in der Verhandlung am 23. Juni mit dem Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Betriebe ab. In der am 24. Juni stattgefundenen Funktionärerversammlung wurde zu dieser ablehnenden Frage Stellung genommen. Es kam einstimmig zum Ausdruck, daß die gestellte Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Geltung gebracht werden müsse. Eine Einschlebung fand einstimmige Annahme, worin die Funktionäre das verbindende Angebot ablehnen und beschließen, ihren Kollegen zu empfehlen, den Kampf aufzunehmen.

Die Urabstimmung über Streik oder Arbeit muß spätestens bis zum Montag erledigt sein.

Aus dem Stadtparlament.

Ein Dringlichkeitsantrag der Rechtssozialisten verlangte vom Magistrat, gemeinsam mit einer gemischten Deputation geeignete Maßnahmen gegen die eingetretene Arbeitslosigkeit zu treffen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte diesem Antrage debattelos zu.

Dann kam unser Antrag auf Ausbau des Knappschaftsamt zur Verhandlung. Genosse Kraus führte dazu aus: Die Nachprüfung der Rechnungen für Reparaturen oder Leistungen an die Stadtgemeinde Berlin haben vielfach so geringe Beträge aufgewiesen, daß sie nicht anerkannt werden konnten. Für Reparatur- und sonstige Arbeiten werden magerische Preise gefordert. Dies legt uns nahe, durch Übernahme der Arbeiten in eigene Regie auf eine Verbilligung hinzuwirken. Die Forderung, zum Heberdreh wiederholte Nebenart, wie arbeiten auf den Untergang des Kleinerechtes und Handwerkes hin, fertige unser Heberdreh dadurch ab, daß er die Tendenz der Großbetriebe, die kleinen aufzulösen, nachwie, Der Antrag wurde angenommen.

Ein Antrag, städtischen Arbeiter und Angestellten aus der Darlehenskasse Gelder zu Siedelungszwecken zur Verfügung zu stellen, wurde einem Ausschuss überwiesen.

Der langsame Fortschritt des städtischen Amtshausbaus bei Vergleichung der Rechnung wurde vom Stadtkämmerer Böhm zugegeben und mit den Sicherungsmaßnahmen gegen Verluste und Vorkäufel einverstanden, die vorgeschrieben wurden, aber zur Zeit noch nicht abgebaut werden könnten.

Der deutsch-nationale Spolmacher Koch, der nun bald ausgesperrt haben wird, und seine Fraktion hatten die von uns bereits gebachten

Wragen über die Betriebsräte

eingebracht. Diese standen gestern auf der Tagesordnung. Da sie nicht auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege eingebracht waren, lehnte der Magistrat die sofortige Beantwortung ab. Koch hatte zu bemängeln, daß die Kosten der Betriebsräte in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung ständen. Es seien Eisenbahnbeamten, Hilfskräfte und Diener für die Betriebsräte tätig. Das Porto ginge, obwohl die Tätigkeit der Betriebsräte eine ehrenamtliche sei, zu Lasten der Stadtkasse. Zu den Rücklagen werde städtisches Papier verwendet und dabei werde sogar zur Unterstützung der Freireisenden in diesen Rücklagen aufgeführt. Und Postfilialen werde getrieben, zu Verschönerungsarbeiten werde aufgeführt und alles auf Magistratspapier und Magistratsporto. Koch bemängelte weiter, daß neben den Betriebsräten noch teuer bezahlte Arbeiterräte beständen und sogar Arbeiterräte seien vorhanden. Das schiedsgerichtliche aber ist nach seiner Meinung, daß diese Arbeiterräte sich überall Einfluß zu verschaffen gewußt haben und nach dem 15. März Einfluß erhalten. Diese „Leute“ haben sich tausendfach erlaubt, in Zweifelsfällen, wenn durch Vertrauensleute die Überzeugung der Erwerbslosenunterstützung beantwortet war, ein Kommissionsmitglied seien Arbeiter, die während des Streiks gearbeitet hätten, ausgesperrt und aufgeführt werden, den durch „Streikbruch“ eingehendigen Auszahlung an die Streikliste abzuführen.

Stadt, Dittmar (Soz.) hob die fegensche Tätigkeit der Arbeiterräte hervor und stieß den Pastor Koch mit der Nase auf die Tafel, daß früher unter konfessioneller Regie politische Propaganda mit Mitteln der Allgemeinheit in allergrößter Umfange betrieben wurde und sprach den Konfessionellen das moralische Recht zur Kritik ab.

Stadt, Cassel (Dem.) bekämpfte den Terrorismus, der den kommunistischen Streikbrechern gegenüber gehbt werde. Es sei ein himmelschreiender Zustand, daß auf diese Weise städtische Gelder verpachtet würden, da die Ausgesperrten angeblich für die unsterblichen Jeteren bezahlt werden.

Genosse Reid kennzeichnete den Geist der Anfragen, die einem infernalischem Hass gegen die Arbeiterräte entsprungen seien. Die Arbeiter sollen wieder in die alte Anrechtlosigkeit gedrungen werden. Das Anfragematerial sei äußerst dürftig, und es sei eine Pflicht der Royalität, auch die Angehörigen hier zu Worte kommen zu lassen. Herr Koch habe mit gewaltigen Hebertreibungen gearbeitet und dergleichen vorgezogen, daß viel Nützliches von den Arbeiterräten geleistet worden sei. Herr Koch schreibe aus agitatorischen Gründen ganz entgangen zu sein, daß das Betriebsrätegesetz dem Arbeitgeber einen Teil der Kosten auferlege. Das Material des Herrn Koch wird einer sachlichen Aufklärung ebenso wenig handhaben, wie es in früheren Fällen der Fall gewesen ist. Wir erheben mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die Art und Weise, wie gegen die Einrichtung der Arbeiterräte vorgegangen wird. Wir sind der festen Überzeugung, daß sie vielmehr eines weiteren Ausbaues bedarf, damit sie in noch viel höherem Maße der Stadt zum Nutzen gereichen kann.

Die Anfrage an den Magistrat weiterzugeben, wurde von den beiden sozialistischen Parteien abgelehnt.

Die Tagesgeldsätze der Heilstätten und Krankenhäuser sollen erhöht werden. Genossin Wulf sprach im Auftrag unserer Fraktion gegen die Vorlage, da es immer nur die Arbeiter und Kerntzen sind, die davon am meisten betroffen würden. Die Rechtssozialisten liehen sich von rein fiskalischen Gesichtspunkten leiten. Deshalb fand die Erhöhung Annahme.

Groß-Berlin.

Die Kollage des Verkehrswehens.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen hat in diesen Tagen an die Magistrat und Stadtverordnetenvereinsammlungen der deutschen Städte eine Eingabe gerichtet, die der Stadt Berlin zu einer Entwiderrung Veranlassung gegeben hat, aus der wir folgendes entnehmen:

„Niemand wird die unglückliche Lage verkennen, in der sich gegenwärtig das deutsche Straßenbahnwesen befindet, aber diese unglückliche Beschäftigung sind doch keineswegs nur eine Folge der Kapitalisierung der Straßenbahnwerke allein, unter gesamter Wirtschaftlichen befindet sich zur Zeit in einer schweren Krise, deren Lebensgrundlage eine hoffentlich nur noch kurze Zeit auf sich warten lassen und die nicht durch einen sofortigen, von der sonstigen Bevölkerung unabhängigen Abbau der gegenwärtigen Löhne, wie er in dem Antrag empfohlen wird, beseitigt werden würde. Die Verhältnisse liegen in Berlin auch keineswegs so, daß die Arbeiter höhere Löhne bezögen, als die, welche die Industrie zahlt, und wenn dort ein Vergleich mit den Löhnen der Arbeiter gemacht werden wird, so muß hierbei auf den Unterschied hingewiesen werden, daß diese Löhne vom sozialen Standpunkt nicht eben als besonders hoch bezeichnet werden könnten.“

Städtern dann zu den in der Eingabe ausgesprochenen, an die Tarifsetzung geknüpften Beschränkungen Stellung genommen wird, heißt es in der Entwiderrung weiter:

„Andere Städte mit einer sicherlich nicht truenen Lebenshaltung als Berlin wie z. B. Chemnitz, Köln-Rühlheim, Bromberg, Gumburg, Baden-Baden, Qerne, Solingen-Castrop, Solingen, Düsseldorf, Remscheid, Dortmund, ferner die Straßenbahnen in Gumburg u. Z. sind im übrigen ganz bedeutend über die Groß-Berliner Tarife schon hinausgegangen. Wenn demgegenüber andere Bahnen wie in Jena, Bahr, Würzburg uho. ihren Betrieb eingestellt haben, so kann dieses Vorgehen wohl kaum die gesamte Wirtschaftslage zurechtfinden kennzeichnen. Denn es handelt sich hier durchweg um kleine Bahnen, deren Betrieb sehr wohl sich in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, als ein gewisser Luxus darstellen und mit dem Betrieb in einer Großstadt, wo der Straßenbahnverkehr Lebensbedürfnis ist, in keiner Weise in Vergleich gestellt werden kann. Daß im übrigen Berlin in Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden sind, ist nicht zurechtfinden. Ebenso unzutreffend ist die dortige Annahme, daß der Betrieb der Ersteren Straßenbahn eingestellt worden sei.“

Mit dieser Antwort können wir uns einverstanden erklären, denn sie trifft in allen Punkten zu. Bei dieser Gelegenheit wollen wir mit einigen Worten auf das jetzt oft zu vernachlässigende Verdrö zu sprechen kommen, daß die Berliner Straßenbahn, seitdem sie städtisch ist, teurer und auch unrentabler geworden sei. Daß dies nicht zutrifft, geht schon aus der obigen Antwort hervor. Tatsächlich sind die Fahrpreise in anderen Orten bedeutend höher als in Berlin. Am meisten wirken die hohen Kohlenpreise, die wiederum hohe Stromkosten verursachen, auf den Fahrpreis ein, und nicht die „hohen“ Löhne der Angestellten, wie es die bürgerlichen Wähler ständig behaupten. Auf die Kohlenpreise hat aber unsere städtische Verwaltung keinen Einfluß. Daß sie den Angriff des Arbeitgeberverbandes auf die gestiegenen Löhne abwehrt, findet unsere Anerkennung; ein Privatbetrieb würde natürlich zuerst an den Abbau der Löhne denken.

Der erste Monat des 70-Pfennig-Tarifs.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Der 70-Pfennig-Tarif der Straßenbahn, der am 21. Mai eingeführt wurde, besteht jetzt über einen Monat, und es läßt sich daher ein Urteit über seine Wirkung auf die Finanzen der Straßenbahn und deren Bedeutung geben. Diese Wirkung haben sich durch den Verlauf der von den zuständigen Stellen aufgestellten Berechnungen. Der 60-Pfennig-Tarif hatte gegenüber dem 50-Pfennig-Tarif einen Verkehrssteigerung um 12 Prozent gebracht; die durch den 70-Pfennig-Tarif bedingte Abnahme zeigt hinter diesem Sach um etwa ein Sechstel zurück. Der finanzielle Erfolg ist der erwartete, man darf sogar von einem kleinen Plus sprechen. Doch ist hierbei immer zu berücksichtigen, daß durch den Betrag des 70-Pfennig-Tarifs zunächst die starken Verluste der Großen Berliner Straßenbahn aus dem Jahre 1919 und dem ersten Vierteljahr 1920 in Höhe von 21 Millionen Mark gedeckt werden müssen, und daß der erhöhte Tarif ferner notwendig war, um überhaupt die beträchtlich erhöhten Löhne der Straßenbahngesellen vom 1. April ab zahlen zu können. Gegenüber dem Voranschlag der Großen Berliner Straßenbahn sind allein für die Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen Einheitsfahrpreise am 1. Oktober 23,2 Millionen Mark neue Kosten außer den bisherigen Rechnungen zu decken. Die Summen von 5 Mark ergeben einen Durchschnittslohn von 23,5 Pfennig und ermöglichen den Gesamtverdienst der letzten Tarifperiode nicht unrentabel. Die aus der Erhöhung berechneten Mehreinnahmen von 23 bis 29 Millionen dürfen aber aller Wahrscheinlichkeit nach eintommen.“

Democh kann also von einer Unrentabilität der Großen Berliner Straßenbahn nicht gesprochen werden, die Gerüchte von bevorstehenden abermaligen Preisserhöhungen sind deshalb als unbegründet oder mindestens übertrieben anzusehen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung bei der Stadtverordnetenwahl.

Aus dem Kreise unserer Leser geht uns folgende Zuschrift zu:

„Die Wirtschaftliche Vereinigung bzw. ihre Anhänger, soweit sie in den Kreisen der Kleinrentner und Kleingewerbetreibenden zu finden sind, haben sich anlässlich der Wahl, speziell in Arbeiterkreisen, recht unliebsam bemerkbar gemacht.“

1. hat die Wirtschaftliche Vereinigung die Solidarität des Wahlvolkes bezüglich der Größe der Stimmzettel überschritten, was m. E. als besondere Kennzeichnung anzusehen ist. Außerdem wurde durch diese Größe das Wahlgeheimnis berührt. Ich begründe das folgendermaßen: Daß der Wähler den Umschlag, wenn auch unabsichtlich, gegen das Licht, so kann er gewiss feststellen, daß der betr. Wähler einen Zettel der Wirtschaftlichen Vereinigung benutzt hat (Wurde natürlich auch nach der Wahl zu Protokoll gegeben.)

2. bedeutet die Art der Propaganda, wie sie von den Kleinrentnern und Kleingewerbetreibenden im Interesse der Wirtschaftlichen Vereinigung vorgenommen wurde, direkt einen Schlag ins Gesicht der organisierten Arbeiterchaft, die doch schließlich erst durch ihre Klasse, speziell in Arbeiterkreisen, diesen Leuten die Existenz ermöglicht. Gerade in Schönberg steht es fest, daß in den Kreisen der von diesen Kreisen so beschriebenen Zwangswirtschaft diese Herren Gewinne erzielt haben, die in ihrer Größe den richtigen Kriegsgewinnen würdig an die Seite gestellt werden können. Ich habe hier ganz besonders einige Bäder im Auge, die es während der Kriegszeit durch den Verkauf der rationierten Brote zu einem Wohlstand gebracht haben, wie es nie zuvor bei ihrem spärlichen Kundenkreis möglich gewesen ist. Und gerade der Kampf gegen die kommunale Verteilung der Lebensmittel ist doch eine der Hauptforderungen der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Ich komme nun zur Schlussfolgerung: Genau wie wir uns politisch und gewerkschaftlich organisiert, sollte es sich jeder Kleinrentner zur Pflicht machen, den Konsumgenossenschaften beizutreten. Die Konsumgenossenschaften würden dadurch bald leistungsfähiger und auch in den Stand gesetzt, z. B. Güter zu erwerben und dadurch nicht mehr gehindert sein, Lebensmittel aus kapitalistisch betriebenen Unternehmungen zu erwerben. Ich halte dies für eine der wichtigsten Vorarbeiten für die von uns erstrebte Kommunalisierung der Lebensmittelverteilung.

Als erzieht den Leuten von der Wirtschaftlichen Vereinigung, die leider auch zum Teil unsere Frauen, wie das Wahlergebnis zeigt, ganz erheblich beeinflußt haben, die einseitige Antwort, indem Ihre auch den Konsumgenossenschaften anschließt.“

Im allgemeinen können wir dem Einsender zustimmen. Auch an anderen Orten konnte man die Erfahrung machen, daß die Anhänger der Wirtschaftlichen Vereinigung einen überaus gefährlichen Kampf besonders gegen unsere Partei führten. Ihre Gegnerschaft und gegenüber ist ja begründet, denn sie wissen, daß wir die entschiedensten Verfechter der Kommunalisierung sind. Daß sie sich von ihrem Standpunkt aus dagegen wehren, ist natürlich und auch ihre Interessen durch eine besondere Partei vertreten lassen, soll ihnen nicht verwehrt werden. Entschieden muß man sich aber dagegen wenden, wenn von dieser Seite aus mit allen möglichen Schwindeltricks, womit die Geschäftsleute ihre Unabsicht gegen die Kommunalisierungsbewegungen aufzusuchen suchen, gearbeitet wird. Bekter lassen sich die Frauen, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennen, nur zu leicht dadurch beeinflussen.

Unsere Partei wird sich durch das Geschrei der Reuter nicht abhalten lassen, das zu tun, was sie im Interesse der Allgemeinheit für notwendig erachtet, und die Stadt, die wir in Groß-Berlin jetzt gewonnen haben, wird rücksichtslos dazu ausgenutzt werden. Die Konsumgenossenschaften können uns gute Dienste dabei leisten, und deshalb kann der Reich zu ihnen nur empfohlen werden. Man soll aber die Konsumvereine auch nicht überschätzen, denn inmitten einem von einem Mangel beherrschtem Wirtschaftsmarkt können sie sich doch nicht so entfalten, wie es wünschenswert wäre. Nur die Kommunalisierung kann uns von den Nachteilen befreien, die uns durch das unregelmäßige System der Warenverteilung auf kapitalistischer Grundlage erwachsen.

Die Ausgabe von Fernkarten, die für die Zeit der großen Schulferien vom 2. Juli bis zum 9. August gelten, beginnt in diesem Jahre bereits am Freitag den 26. Juni. Sie werden ausgegeben für alle Stationsbeziehungen nach den Vororten und zwar für die 2. und 3. Wagenklasse zu den gleichen Bedingungen wie die Monatskarten. Nach der Tarifserhöhung stellen sich die Preise für die Zuschläge, die bei den Fernkarten zu den Monatskartenpreisen treten, auf 2,00 M. für die Stammkarte 2. Kl., auf 1,50 M. für die Nebenkarte 2. Klasse, auf 1,50 M. für die Stammkarte 3. Klasse und auf 0,90 M. für die Nebenkarte 3. Klasse.

Ankündigung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten in der Bergstraße in Reußhau verkehren die Wagen der Linien 7, 15, 47, 48, 1 und P vom 23. Juni ab bis auf weiteres in beiden Richtrichtungen über Berliner Straße, Richardstraße, Thüringer Straße und Bergstraße. Die Linie C wird von ihrem schlußplanmäßigen Endpunkt am Ringbahnhof in Reußhau zurückgenommen und im Schleifenbetriebe über Steinmühlstraße, Bergstraße, Pflanzstraße geführt.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet am heiligen Freitag in der Philharmonie, Bernburger Straße 22-23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Ergebnis der Wahlen zum Studenterrat der Technischen Hochschule in Charlottenburg: Sozialisten 80, Nat. 813, Stud.-Verbdg. 708, Kath.-V. 188, Jüd. Stud. 73.

Durch einen Sturz und dem Fenster tödlich verunglückt ist ein 16 Jahre alter Franz Reumann aus der Scherrstraße 4. Der Verunglückte litt an Krämpfen. Als er sich gestern, während er allein in der im vierten Stock belegenen elterlichen Wohnung befand, aus dem Fenster lehnte, um hinauszugehen, bekam er einen Anfall, verlor das Gleichgewicht und fiel auf den Hof hinab. Er war sofort tot.

Tempelhof-Motivbilder. Alle Eltern, deren Kinder den Jugendunterricht der freireligiösen Gemeinde besuchen, und alle Eltern, die dafür Interesse haben, machen wir auf den am Sonntag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule in Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße, stattfindenden Vortrag des Genossen Darrdt (freireligiöse Gemeinde) über „Vom Christentum zum Freidenker“ aufmerksam.

Das städtische Relativitätsphysik und seine astronomische Bestätigung“ lautet das Thema des Vortrages mit Lichtbildern, den Herr Dr. Dr. Rosenhald heute abend 7 Uhr im großen Saal der Freytag-Strömung hält.

Ein Wahlvereinsmitglied, lautend auf den Namen des Genossen Max Weich, geb. 13. 2. 1885 zu Stettin, Beruf Metallarbeiter, wohnhaft Postumstr. 4, born porterre, ist verloren gegangen. Der etwa 60 Jahre alte Mann, das Buch auszugeben.

